

Editorial

Dafür!
Eine Menschenmenge, die zusammen gekommen ist, um mal richtig laut die eigene Meinung kund zu tun. Transparente, Sprech-Chöre, große Emotionen. Die Bilder kennt man. Doch irgendwas ist anders an diesem Sonntag im Juli 2016. Die Menschen, die hier demonstrieren, sind nicht gegen etwas, sie sind leidenschaftlich dafür. Es sind Bilder aus London, wo sich mehr als 40.000 Menschen für den Verbleib Großbritanniens in der EU stark machen. Uns gefällt das. Seine Energie gemeinsam FÜR etwas einzusetzen, statt gegen etwas anzukämpfen. Sich auszumalen, wie es tatsächlich sein soll, statt nur rumzumeckern. Das gibt Energie zurück. Und macht kreativ.

Also sind wir dafür! Für das Baden im Fluss, für mehr Fahrräder auf den Straßen, für erneuerbare Energien und für mehr Demokratie wagen. Und für den Sommer sind wir sowieso.

Genießen Sie ihn!

Danke für das Lesen der AGORA!
die Redaktion

Freibäder im Stadtgebiet sind rar gesät. Außer dem Rosenbad und dem Petersberger Schwimmbad bietet sich erst in weiterer Entfernung eine Möglichkeit, an heißen Sommertagen ins kühle Nass zu springen. Hallenbäder mal ausgenommen. Warum eigentlich, die Fulda liegt doch so nah?

Gegenwärtig erfreuen sich nur Angler und Kanuten als Einzige an der Existenz der Fulda. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass die Fulda als Badeort diente und sich der Stadtstrand in den Fünfziger Jahren zwischen Bardostrasse und Langebrückenstrasse erstreckte. Und dass diese Idee jetzt wieder Freunde gewinnt, ist vor allem der „Jungen Union Fulda“ zu verdanken, die Anfang März in ihrem Themenpapier „Für ein lebendiges Fulda“ vorgeschlagen hat, einen neuen Stadtstrand zu errichten, angegliedert ans Rosenbad. „So könnte auf bestehende Infrastruktur zugegriffen werden und ein sicheres Badevergnügen in der Fulda ermöglicht werden“, schlägt die JU zur Realisierung vor.

Da muss man überraschenderweise nun ausgerechnet der JU mal kräftig auf die Schultern klopfen: Gute Idee!

Doch warum so kurz gegriffen? Warum nicht Plätze und Möglichkeiten schaffen, die eintrittsfrei und außerhalb der Öffnungszeiten zugänglich sind? Andere Städte gehen an dieser Stelle entspannter mit ihrem Fluss um, binden ihn deutlich mehr ins Stadtleben ein, so lassen sich nicht nur in Marburg oder München Grillplätze, Bänke, teilweise



Foto: privat

Fulda geht baden!

sogar Badestellen an den Flüssen finden. Das Verhältnis der Fuldaer zu ihrem namensgebenden Fluss ist dagegen ein vergleichsweise distanzierter. Irgendwie fließt er am Rande der Innenstadt vorbei, ohne dass man mit ihm in Berührung kommt. Streift man die Fulda zwischen Bronnzell und Horas entlang, lassen sich nur wenige Stellen ausmachen, an denen ein Zugang zum Fluss möglich ist. Der restliche Weg wird durch Bäume, dichtbewachsene Sträucher und meterhoch wuchernde Wiesen versperrt. Kontakt zum Lebenselixier Fluss ist hier deutlich unerwünscht.

Wiese grillen, die Fulda selber fließt allerdings nahezu unbemerkt nebenan vorbei. Auch unweit davon, rund um Umweltzentrum und Feuerwehrmuseum, werden allerlei Freizeitmöglichkeiten geboten und betont auf Naturnähe gesetzt, der Fluss aber wird weit abgedrängt. Die Möglichkeit, sich gemütlich auf eine Bank am Ufer zu setzen, ist in Fulda nicht gegeben. Es wirkt beinahe so, als solle der Fluss Fulda in der Stadt Fulda keine Rolle spielen.

Über viele Jahre hinweg war es nicht unbedingt ratsam, Bäder in der Fulda zu nehmen. Die Belastung durch

sich der Fluss langsam. Inzwischen bewegt sich die Fulda am Großteil ihrer Strecke zwischen der Wasserkuppe und Hannoversch-Münden im Bereich der Güteklasse II, was bedeutet, dass sie nur noch als „mäßig belastet“ anzusehen ist. In ihrem Oberlauf von der Rhön her erhält sie sogar die Güteklasse I-II („gering belastet“). Erst ab Kassel schwankt sie in der Güteklasse II-III und gilt hier als „kritisch belastet“. Damit liegt sie in der Fuldaer Stadtregion auf jeden Fall in einem Bereich, der Baden ohne gesundheitliches Risiko durch die Wasserqualität erlauben würde.

eigene Gefahr. Europaweit werden diese Flussbadetage mit medienwirksamen Aktionen durch das „European River Network“ (ERN) mit Sitz in Frankreich koordiniert. Der Hintergrund ist die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015. Bis dahin mussten Fließgewässer und Seen in ökologisch gutem Zustand sein. Dadurch ist der „Big Jump“ nicht nur ein feucht-fröhlicher Späsevent, sondern gleichzeitig eine politische Demonstration für saubere Gewässer. „Die Versöhnung der Bürger mit seinen Flüssen und Seen ist eine unabdingbare Etappe, um die Menschen in einen partizipativen Prozess (...) zum großräumigen Schutz der Fließgewässer, Feuchtgebiete und Grundwasser einzubinden“ schreibt die ERN zu diesem Thema in der Wasserrahmenrichtlinie. Zuletzt alle fünf, nun alle drei Jahre finden diese statt, der nächste große „Big Jump“ ist 2018. In den Jahren dazwischen gibt es regionale und themenbezogene Flussbadetage. Im vergangenen Jahr fanden durch die Vernetzung laut ERN über 400 Flussbadeaktionen in 28 Ländern statt. Auch in diesem Jahr treffen sich Badebegeisterte an den Flüssen Deutschlands und restlichen Europas am 10. Juli. Auch in Fulda! Also, ab ins Nass!



Foto: privat

Die Fulda und ihr Uferland sind ein artenreicher, lebendiger Raum, der oft erst wahrgenommen wird, wenn es mal ein Hochwasser gibt, das die Auen überschwemmt. Selbst am Aueweiher südlich des Stadions kann man zwar gemütlich um die Teiche herumlaufen und auf der

landwirtschaftliche Rückstände und Überdüngung der Ackerflächen ließ Jauchen und anderweitige Düngemittel ins Grundwasser und in die Bäche absacken, die der Fulda zufließen. Gesundheitliche Bedenken beim Baden kamen auf. Erst seit den späten 1970er Jahren erholt

Da viele europäische Flüsse eine ähnliche Verbesserung der Wasserqualität aufweisen können und sich vermehrt wieder als Badeorte eignen, wurde der „Big Jump“ ausgerufen. Seit 2005 gibt es diesen Tag, an dem Tausende in den Flüssen baden gehen – natürlich auf

Inhaltsverzeichnis

mag.lab	S. 2
Nicht-Wohnen mit Hartz IV Teil II	S. 3
Mischpult	S. 3
Briefe aus der Redaktion	S. 4
Wasser ist Macht!	S. 5
War watt?	S. 5
Demokratie ist Konflikt	S. 6
Everything for the god	S. 6
In Fulda sagt man Gude!	S. 7
Fahrradhauptstadt Hessens	S. 8
TTIP	S. 9/10
Impressum	S. 10

Der Verein Magrathea Laboratories (mag.lab)

Ein Treffpunkt für Bastler mit sozialem und kulturellem Verständnis. Ein kollaborativer Beitrag von den Vereinsmitgliedern

3D-Drucker, Netzwerkkabel, Sofas und koffeinhaltige Limonade – was erstmal nach einer merkwürdigen Kombination klingt, ist Alltag im Fuldaer mag.lab. „Ein Raum für Menschen, die sich gestaltend mit der technisierten Welt auseinandersetzen wollen“, so beschreiben die Mitglieder des „Magrathea Laboratories e.V.“ den Zweck ihres Raums, den sie am 25.6.2016 in der Buttlarstraße 1a feierlich eröffneten.

Denn sie wissen, was sie tun – Was passiert im mag.lab?

Gemeinsam etwas unternehmen, am besten mit Menschen, die ähnliche Interessen haben, wie man selbst. Das war die Ausgangsmotivation einiger Fuldaer, die sich 2008 zuerst unregelmäßig zu Exkursionen und Veranstaltungen trafen, zwei Jahre später zum Chaos-Treff, um im Jahr 2014 schließlich den Verein „Magrathea Laboratories“ zu gründen und das mag.lab ins Leben zu rufen. Heute, fast acht Jahre nach den Anfängen, ist das „mag.lab“ ein Raum für alle Menschen, die sich experimentierfreudig ans Zerlegen, Um- und Neubauen von Hard- und Software, Kunst, Wirtschaft und Politik machen und Ideen, Tipps und Tricks, Werkzeuge, Material und Lebenszeit mit anderen Menschen teilen wollen.

Drei Monate lang haben die Vereinsmitglieder den Raum vor der

haben in den Räumen bereits einige Ideen umgesetzt, so kann auf die Musikanlage per Netzwerk Musik gestreamt werden. Zutritt erhalten die Raumnutzenden übers WLAN. Ob der Raum gerade offen ist wird dann auf der Homepage angezeigt. Die Ausarbeitung eines Lichtsystems oder die kreative Nutzung des Kontoauszugdruckers steht als Nächstes ganz oben auf der Liste. Interessierte haben verschiedene Möglichkeiten am Hackerspace teilzuhaben und den Verein zu unterstützen. Sie können einfach und unkompliziert den Raum nutzen. Dafür bietet sich jedes offene Treffen im Space an oder ein spontaner Besuch, jederzeit wenn der Raum geöffnet ist. Alle Belange des Hackerspaces werden von den Nutzenden gemeinsam entschieden, dafür ist es nicht notwendig Mitglied des Vereins zu sein. Die Vereinsmitglieder tragen hingegen den größten Teil der Kosten und treffen weitreichendere Entwicklungsentscheidungen. Durch eine Mitgliedschaft unterstützt man den Verein dementsprechend langfristig. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit die Projekte mit einer Fördermitgliedschaft, Geld und Sachspenden zu unterstützen.

Das Projekt Freifunk in Fulda und Umgebung

Eines der größeren Projekte des Magrathea Laboratories bekam

ohne viel Vorerfahrung soll es möglich sein, am Projekt mitzuwirken. Die Funktion von Freifunk Fulda kann in etwas so beschrieben werden: Die Freifunk-Knoten werden über bestehende DSL-Anschlüsse mittels eines Datentunnels mit den Servern verbunden. Wenn sich Knoten gegenseitig direkt erreichen, können sie sich vernetzen. Dabei ist es egal ob dies über WLAN oder Kabel geschieht. So bilden die Knoten das eigene Netz, das sogenannte Mesh-Netz. Die Server leiten den Datenverkehr weiter zu Freifunk Rheinland, der für die deutsche Freifunk-Gemeinschaft Providerdienste anbietet. So gelangt der Datenfluss ins Internet. Nach nicht einmal zwei Jahren Projektlaufzeit haben sich die Freifunk-Fulda-Access-Points weit verbreitet. Sie sind aktiv zwischen Frankfurt und Hünfeld, Alsfeld und Gersfeld.

Das mag.lab - Einer von mehr als 400 Hackerspaces

Der mag.lab hat viele Verwandte. Überall auf der Welt schließen sich Menschen zusammen, die die Grenzen des Machbaren ausweiten wollen. Haben sie dabei einen Fokus auf Technik, bezeichnen Sie sich selbst als „Hacker“ und „Haecksen“. Einer der frühen deutschen Computeraktivisten, Wau Holland prägte die Formulierung: «Ein Hacker ist jemand, der versucht, einen Weg

Hackerspaces auch zu sozialen Experimenten. Denn ...

1. Ein Hackerspace ist ein Raum, in dem verschiedene Menschen auf einer 24/7-Basis an (digitalen) Projekten arbeiten können. Wo Lötkolben brutzeln und Kabel auf Platinen treffen, um Roboter zu erschaffen - also eine Werkstatt.
2. Ein Hackerspace ist ein Ort, in dem sich Gruppen treffen können: um dort zu lernen, sich auszutauschen, sich (digital) fortzubilden - also ein Platz des Lernens.
3. Es ist natürlich cool, einen Raum zu haben, der die beiden vorherigen Anliegen mit Infrastruktur wie Sofa, Getränke, Kochgelegenheit, etc. rund um die Uhr unterstützt und Platz für Neuigkeiten, Austausch und Geschichte bietet - also ein Treffpunkt.

Diese dreigeteilte Aufgabenstellung ist ein globales Erfolgsmodell. In der Liste von hackerspaces.org finden sich über 400 Ableger zwischen Sydney, Kalkutta, Moskau und Fulda. In einigen Aspekten ähneln sich diese Räume sehr, andererseits sind sie auch sehr unterschiedlich.

Gleich ist, dass alle diese Räume durch die Nutzenden selbst verwaltet und organisiert werden. Alle haben den Schwerpunkt darauf, Dinge gemeinsam zu bearbeiten, zu erarbeiten und zu verändern.

Den Unterschied machen die Menschen, die den Hackerspace mit ihren Ideen, ihrer Begeisterung und

sich die Möglichkeit, ins mag.lab „hinein zu schnuppern“. Informationen hierzu und zu anderen aktuellen Veranstaltungen finden sich auf der Vereinshomepage: <https://mag.lab.sh>.



Dieser sonderbare Namen „Magrathea Laboratories - Creators of new Worlds“ und seine Geschichte

«Viele Subkulturen pflegen eigene Codes und Mythen, die sie untereinander weiter geben. Unter den Nerds, Computerfreaks und Bastlern ist unter anderem die Geschichte von Douglas Adams „Per Anhalter durch die Galaxis“ sehr weit verbreitet. Der Name „Magrathea Laboratories“ und dessen Abkürzung „mag.lab“ bezieht sich auch auf diese Geschichte. Dabei hat insbesondere die Ergänzung „Creators of new Worlds“ schon öfter zu Verwirrung geführt. Dieser lässt einige Menschen sogleich an esoterischer Zirkel denken. Doch im Grunde ist es nur ein Insider, den sie mit einigen anderen Hackerspaces teilen. Kreativität und Humor spielen also in allen Bereichen eine große Rolle.

«Laut „Per Anhalter durch die Galaxis“ war der alte Planet Magrathea einer der wohlhabendsten in der Galaxie. Seine Bewohner entwickelten eine neue Spezialindustrie: Die Konstruktion maßgeschneiderter Luxusplaneten. Diese Traumplaneten waren sündhaft teuer, sodass Magrathea bald zum reichsten Planeten aller Zeiten wurde und den Rest der Galaxie in die bittere Armut drängte. Während des großen galaktischen Börsencrashes begaben sich die Bewohner daher in einen Winterschlaf und warten seitdem auf wirtschaftliche Erholung, auf dass sie ihre Konstruktionsdienste erneut anbieten könnten. Doch Magrathea geriet langsam in Vergessenheit und in diesen aufgeklärten Tagen glaubt natürlich niemand mehr ein Wort von planetenbauenden Hyperraum-Ingenieuren. Im Zuge des kollektiven Winterschlafs der magratheischen Bevölkerung kamen die Forscher der Magrathea Laboratories zu dem Konsens, dem Winterschlaf nicht weiter beizuwohnen und stattdessen ihre Forschungen weiter voran zu treiben. Daher entschieden sie sich, das Labor auf ihr bisheriges bio-algorithmisches Meisterstück, die Erde, zu verlegen. Das Labor befindet sich in der Mitte des alten Europa, in Fulda. Im Laufe der Jahrzehnte wurden die ehemaligen Magratheans mehr und mehr wie die Ureinwohner der Erde. Heutzutage kann man sie nicht mehr unterscheiden. Nichts desto trotz bleiben die Magratheaner die Schöpfer neuer Welten.»

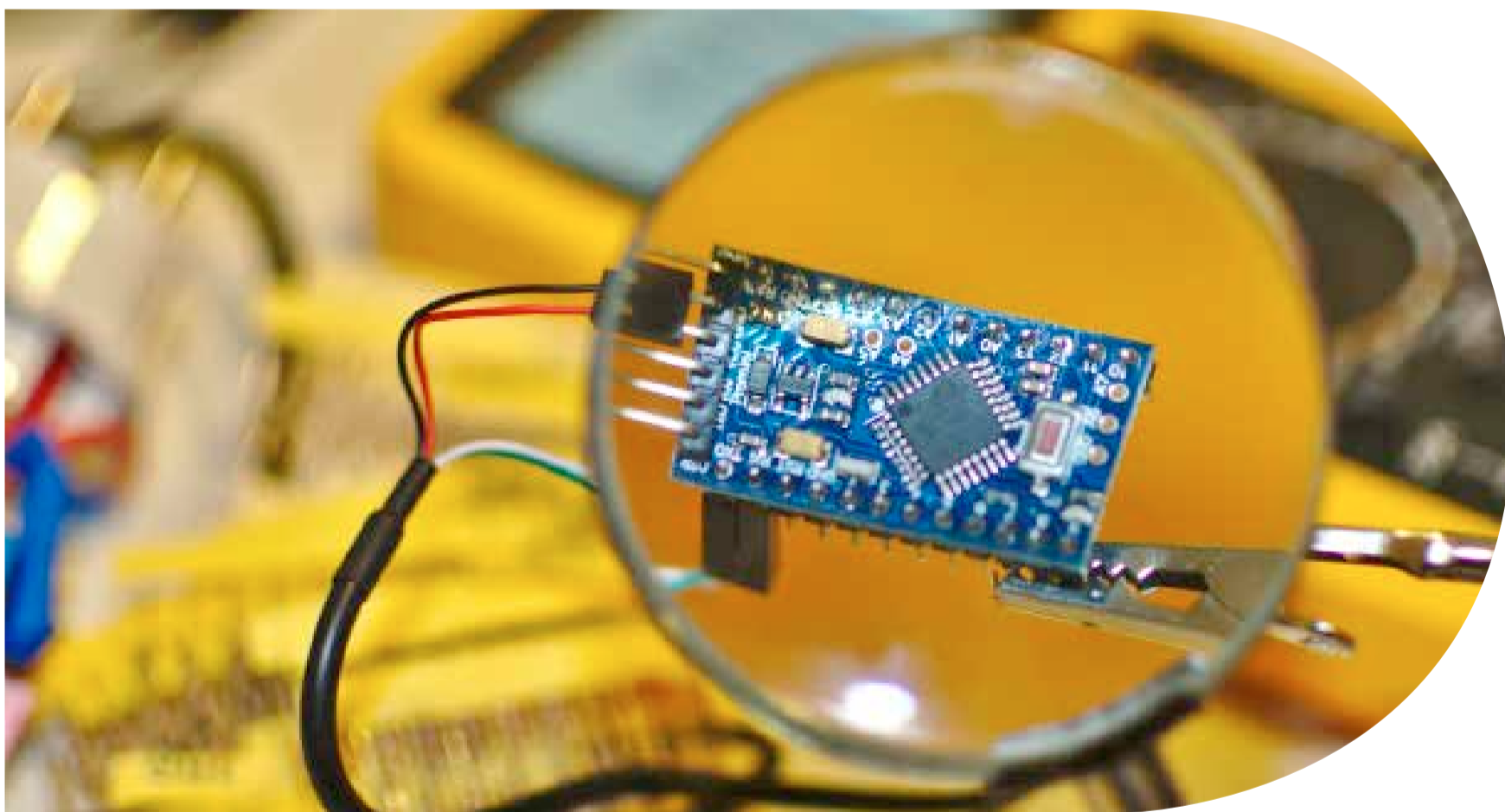


Foto: mag.lab

Einweihungsfeier am 25.06.2016 renoviert. Jetzt bilden Tische, Stühle und Polstermöbel die Grundausstattung. Eine Theke mit Kühlschrank ist eingezogen. Hier können die Besucher sich mit diversen Getränken versorgen. Ein alter Kontoauszugdrucker der Sparkasse steht neben der Theke und wartet auf seine kreative Weiterverwendung. Die bunte Fotowand daneben lässt erahnen, dass es im Verein auf vielfältiger Ebene kreativ zugeht. Eine große Schultafel nimmt eine Wand im oberen Bereich des Raumes ein. Beamer, Ethernet und WLAN, Lötkolben, 3D-Drucker und Computer stehen als Arbeitsmittel bereit. Überall liegen Projekte, an denen momentan gearbeitet wird. Ein Hackerspace ist eben selbst ein Projekt, das wiederum aus vielen Projekten besteht. Die „Hacker“

in letzter Zeit öfter mediale Aufmerksamkeit: Der Freifunk Fulda. Mittlerweile nutzen viele Fuldaer Freifunk. In der Stadt geschieht dies oftmals sogar, ohne dass sie es bewusst wahr nehmen. Das liegt daran, dass die Geräte sich automatisch verbinden, sobald sie einmal mit Freifunk Fulda verbunden waren. Ein Blick auf die Karte des Freifunks Fulda verrät: via 174 Access-Points waren am 17. Juni 2016 um 13:40 Uhr über 534 Geräte mit dem Netz verbunden. Dieser Karte ist über Freifunkseite unter <https://fulda.freifunk.net/> oder über einen Link auf der Seite der Magrathea Laboratories erreichbar. Hier findet sich auch Information, wie man selbst am Ausbau des Netzes mitarbeiten kann. Die Freifunker investieren viel Zeit und Arbeit in die Anleitungen. Auch Menschen

zu finden, wie man mit einer Kaffeemaschine Toast zubereiten kann» und das nicht, weil der Toaster kaputt ist.

Ihre Treffpunkte nennen diese Menschen Hackerspaces. Dabei ist ein Hackerspace ein „Clubraum“ für den kreativen Umgang mit Technik. Hier sind der Kreativität keinerlei Grenzen gesetzt, egal ob man sich nun aus einer Zahnbürste einen Roboter bastelt oder einfach die defekten Schrankgriffe mit Löffeln ersetzt. All das und noch viel mehr sind so genannte Hacks. Und da solche Sachen in der Gruppe immer noch mehr Spaß machen, gibt es den Hackerspace zum kreativen Austausch und gegenseitig inspirieren.

Die verschiedenen Menschen, die an diesen Orten wirken, machen

finanziellern Einsatz formen. So ist kein Space wie der andere. Denn es gibt keinerlei festen Regeln und Vorgaben, wie man einen Space aufbaut. Die Menschen formen den Space.

Die Ideen, die in den Hackerspaces bearbeitet werden, sind sehr vielfältig. Viele Spaces beschäftigen sich mit Fragen der Nachhaltigkeit, Informationsfreiheit oder Datensicherheit und mit Fragen rund um die Ethik in der Technik. Vor allem Fragen zu den Berührungspunkten von Technik und Gesellschaft haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Hackerspaces sind zu Orten für alle Menschen geworden, die sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Zu regelmäßigen Terminen bietet



In Ausgabe 6 der AGORA erschien im Sommer 2015 der Beitrag (Nicht-) Wohnen mit Hartz IV. Jetzt, mehr als ein Jahr später, hat unser Gastautor Wolfgang Lörcher den Fuldaer Wohnungsmarkt erneut unter die Lupe genommen und kommt zu annähernd den gleichen Ergebnissen wie damals. Warum das so ist, und was sich ändern müsste, beschreibt er im folgenden Artikel. Wir würden uns freuen, in der Sommerausgabe 2017 nicht erneut über das gleiche Problem, sondern über Lösungen schreiben zu können. Bis dahin könnte zum Beispiel für das Löhertorgelände statt über noch mehr Hotelbetten über sozialen Wohnungsbau nachgedacht werden. Wir lassen uns gerne überraschen!

(Nicht-)Wohnen mit Hartz IV - Teil II

Ein Gastbeitrag von Wolfgang Lörcher – Vorsitzender der Erwerbsloseninitiative Fulda e.V.

In meiner täglichen Beratungspraxis häufen sich die Bitten um Hilfe bei der Wohnungssuche. Der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, bzw. Wohnraum, dessen Bezahlung vom Landkreis Fulda für Leistungsberechtigte übernommen wird.

Für die betroffenen Personen ergibt sich das Problem, dass die Grenzen für die Angemessenheit einer Unterkunft des Landkreises keineswegs mehr den tatsächlichen Bedingungen entsprechen. Aufgrund meiner ehrenamtlichen Beratungstätigkeit recherchiere ich fast täglich nach freien Wohnungen für Betroffene des Hartz IV-Systems. Das Ergebnis ist praktisch immer das Gleiche; es gibt keine Wohnungen, die das Jobcenter als angemessen erachtet. Selbst unser Landrat Herr Woide stellt fest: „Es fehlt aber an bezahlbarem Wohnraum, besonders in der Stadtregion“ (Fuldaer Zeitung vom 20. Mai 2016 Seite 14).

Ein Problem ist, dass bei der Berechnung der Angemessenheit auch sogenannte Bestandsmieten mit herangezogen werden, also die Mietpreise in bereits bestehenden Mietverhältnissen. Vor Jahren waren die Mieten in Fulda und Umgebung ungleich niedriger und durch die Begrenzung der Mieterhöhungen gibt es Menschen, die schon seit Jahren in ein und derselben Wohnung leben, zu einem Mietpreis, der heute absolut illusorisch ist. Mir ist z.B. eine 30 Quadratmeter große Wohnung in der Innenstadt von Fulda bekannt, bei der die Kaltmiete nicht einmal 130,- Euro pro Monat beträgt. Da die Bevölkerung der Stadt Fulda ständig wächst und vor allen Dingen die Zahl der Student*innen in Fulda geradezu explodiert ist, haben sich die Wohnungspreise, insbesondere für 1- bis 3-Personen-Haushalte drastisch erhöht.

Um dies mit den heutigen Preisen vergleichen zu können, muss man natürlich erst einmal wissen, wie hoch diese in etwa sind. Daher habe ich am Sonntag, 05. Juli 2016 in dem Portal Wohnungsscout24.de nach Wohnung bis 50 Quadratmetern (1-Personen-Haushalt), 60 Quadratmetern (2-Personen-Haushalt) und 75 Quadratmetern (3-Personen-Haushalt) gesucht, da dies die Grenzen für die maximal zulässigen Wohnungsgrößen nach dem SGB II bzw. des Landkreises Fulda sind (Quelle: http://www.job-fulda.de/images/Bilder/Formulare/Wohnungskriterien_ab_07_2015.pdf). Nach meinen langjährigen Erfahrungen hätte eine Suche in anderen Portalen bzw. den Printmedien die Ergebnisse nicht verändert, da die Angebote allergrößtenteils gleich sind.

Bei Wohnungen bis 50 qm ergab sich folgendes Bild: Es wurden 15 Wohnungen angeboten, von denen 5 Wohnungen als angemessen anzusehen sind.

Hierbei muss aber erwähnt werden, dass es sich bei 2 Angeboten um WG-Zimmer mit einer Größe von 18 und 20 Quadratmetern handelte, 1 weiteres Angebot war eine Einzimmerwohnung mit 19 Quadratmetern. Somit blieben 3 Angebote übrig.

Für die Statistiker, eine Wohnung bis 50 Quadratmetern Größe kostet bei dieser Auswahl durchschnittlich 301,20 Euro und ist 33,75 Quadratmeter groß, der durchschnittliche Quadratmeterpreis beträgt 8,92 Euro.

Der Landkreis Fulda legt die Grenze der Angemessenheit in Fulda mit 260,- Euro Kaltmiete bei einer Größe von 50 Quadratmetern für einen 1-Personen-Haushalt fest.

Bei den Wohnungen bis 60 Quadratmetern sieht es so aus:

Es wurden 5 Wohnungen angeboten, von denen der Landkreis keine einzige als angemessen anerkannt hätte, da die günstigste 356,71 Euro Miete kostete, der Landkreis hier aber maximal 300,- Euro anerkennt. Die teuerste Wohnung kostete 597,- Euro Kaltmiete und ist 54 Quadratmeter groß. Durchschnittlich hätte eine Wohnung in diesem Segment 448,74 Euro bei einer durchschnittlichen Größe von 56,6 Quadratmetern gekostet.

Ähnlich sieht es im Bereich bis 75 Quadratmetern aus:

Hier gab es 13 Angebote von 350 – 650 Euro. Da hier vom Landkreis maximal 340,- Euro anerkannt werden, war auch hier kein einziges Angebot angemessen. Durchschnittlich hätte in diesem Segment eine Wohnung 451,73 bei einer Durchschnittsgröße von 64,15 Quadratmetern gekostet.

Zu bemerken ist, selbst wenn 3-Personen-Haushalte damit einverstanden wären, eine Wohnung aus dem Segment bis 60 Quadratmetern zu nehmen, wäre auch hier keine einzige Wohnung als angemessen anerkannt worden.

Eine Anfrage der Linken.OffeneListe an den Kreistag ergab, dass über 30 Prozent aller Betroffenen Teile der Unterkunfts-kosten aus dem Regelsatz zahlen, sie zahlen also Teile der Mietkosten aus ihrem gesetzlich zustehenden Existenzminimum ab.

Bei ca. 5000 Bedarfsgemeinschaften (leben in einem Haushalt) fehlen hier mehr als 1600 Wohnungen, die der Landkreis als angemessen anerkennen würde. Leider liegen die Sätze des Landkreises auch weitgehend unter den Mietobergrenzen bei neuem, sozialem Wohnungsbau, so dass dieses Problem nicht beseitigt wäre, wenn die erforderliche Anzahl als sozialer Wohnungsbau realisiert würde.

Daraus ergibt sich für mich nur eine Schlussfolgerung, die Angemessenheitsgrenzen des Landkreises sind viel zu niedrig und

spiegeln keinesfalls die Realität wider. Als Beleg könnte man auch heranziehen, dass eine große Anzahl Betroffener gegen die Angemessenheitsgrenzen des Landkreises klagen wollte. Der Landkreis hat sich aber vor dem Gerichtstermin mit den Betroffenen außergerichtlich geeinigt.

Es hat hier den Anschein, dass eine Entscheidung des Gerichtes vermieden werden sollte, die als Grundlage für weitere Widersprüche und Klagen hätte dienen können.

Diese unhaltbare Situation betrifft im Übrigen nicht nur Hartz IV Empfänger, sondern auch die anerkannten Asylsuchenden, die die Sammelunterkünfte längst verlassen könnten, wenn sie denn bezahlbaren Wohnraum fänden. Wohnraum, der aber nicht einmal mit Hilfe des Landkreises gefunden werden kann (Fehlender Wohnraum ist großes Problem, 200 Flüchtlinge müssen in Heimen leben, weil sie keine eigene Bleibe finden, Artikel in der Fuldaer Zeitung am 20. Mai 2016, Seite 14). Und betroffen sind auch Rentner, Studenten, Alleinerziehende oder Geringverdienende.

Die jahrelangen Hinweise von Sozialverbänden und Parteien, der soziale Wohnungsbau müsse dringend in Angriff genommen werden, blieben ungehört. Das Problem bezahlbarer Wohnraum ist seit Jahren bekannt, es wurde leider seitens des Bundes und der Länder bisher nichts unternommen.



Mischpult - Kurz und knackig

Containerware

Der Fuldaer Lebensmittelkonzern tegut... ist gnädig und weigert sich, einen Strafantrag wegen Entnahme von Lebensmitteln aus dem Müll, sogenannten „Containern“ zu stellen. Dies kam jetzt dem Vollzeitaktivisten Jörg Bergstedt von der Projektwerkstatt Saasen (Landkreis Gießen) laut taz vom 25. Mai 2016 zu Gute. Der schon öfter wegen bewusstem Containern und Schwarzfahren vor Gericht vertretene Aktivist hatte sich bereits auf die Verhandlung gefreut,

die die Gießener Staatsanwaltschaft gerne eingeleitet hätte. Jener geht er nämlich schon lange auf den Geist. Nur tegut... sieht in der Müllentnahme keinen Diebstahl. Das Containern wird bundesweit unterschiedlich gehandelt und auch andere Lebensmittelkonzerne verhalten sich hier differenziert. Eine allgemeine Rechtsprechung, ob die Entnahme von Abfallprodukten Diebstahl ist, oder ob es sich um den Tatbestand des Hausfriedensbruches handelt, existiert nicht.



Foto: CCO - Public Domain

Immer in Bewegung!

In diesem September ist es 20 Jahre her, dass sich der Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. Fulda, kurz KÖK, gegründet hat. War es anfangs ein Zusammenschluss von einzelnen Initiativen der Projektwerkstatt Fulda, die mit der Gründung des gemeinnützigen Vereins eine juristische Trägerschaft der Projektwerkstatt schaffen wollten, hat sich der Zweck des Vereins mit der Zeit gewandelt. Die Gründungsinitiativen - darunter das ehemalige Stadtmagazin fundsache, die Jugendantifa Abraxas und die Fuldaer Redaktion der Umweltzeitung Projekt (Vorläufer des printzip) - existieren schon lange nicht mehr, der Verein ist geblieben.

Seit der Jahrtausendwende initiiert er eher selten eigene Projekte und ist vor allem unterstützend für verschiedenste Initiativen und Gruppen tätig. So lesen sich die Aktivitäten in der in Kürze erscheinenden 20jährigen Vereinschronik „fundsache #50“ wie ein Schnelldurchlauf der jüngeren Fuldaer Bewegungsgeschichte: Medienprojekte, Coffee-Shop, Kulturarbeit wie Poetry Slam, Punklesungen, Jazzkonzerte, Theatergruppen und MalAnders-Ausstellungen, Networking und Initiativenreader, Anti-Atom-Arbeit und Castorproteste, Mobil Ohne Auto, Volkszählung, Soziokultur und und und. Kurz gesagt: Der KÖK ist immer in Bewegung. Standesgemäß wird im Herbst auch gefeiert und die Vereinschronik erscheint öffentlich. Chapeau!



Foto: KÖK e.V.

Briefe aus der Redaktion

Ines Korlev, freie Mitarbeiterin der AGORA und leicht reizbar, schrieb sich für die aktuelle Ausgabe der AGORA die Finger wund.

Mit den „Briefen aus der Redaktion“ eröffnet sie in der Ausgabe 8 eine neue Rubrik und reagiert dort auf aktuelle Geschehnisse aus der Region. Spitz formuliert und knallhart

recherchiert, ist sie der Wahrheit auf der Spur (das kann nur gut sein) und legt den Finger in die Wunde (wenn nötig).

Das gesamte Team ist gespannt, ob nach den „Briefen aus der Redaktion“ auch „Briefe an die Redaktion“ folgen.



Foto: Internet

Ines Korlev, geboren 1954 in Pilsen, zog in den frühen 1960er Jahren in das romantische Ostthessen und begann dort eine Ausbildung als Brauereifachgehilfin bei der Unionbrauerei. Als Quereinsteigerin mit dem Herz am rechten Fleck arbeitet sie seit Beginn der AGORA in (un-)regelmäßigen Abständen an provokant recherchierten Beiträgen und persönlichen Themen. Sie trinkt weiterhin gerne Bier, ist handwerklich geschickt und verwitwete Großmutter zweier Söhne.

Ihre

Ines Korlev

Ihr,

liebe Brennelemente,

könnt bald aufatmen! „Atom-Steuer fällt weg, AKW laufen länger“ – noch kommt diese Nachricht zwar nur aus Schweden, denn die Regierung dort beschloss, eine Atom-Steuer zu streichen. Nun müssen die Meiler nicht so schnell vom Netz und dürfen noch ein wenig weiter laufen.

Und, liebe Brennelemente, auch für Deutschland dürft ihr, bzw. eure Familien drum herum, aufatmen: Die CDU und CSU planen eine Steuerbefreiung für Atomkraftwerke, die Brennelementesteuer soll wegfallen. Damit könnt ihr dann euren Chefs nochmal richtig schön Geld einbringen!

Einerseits ist die SPD zwar dagegen, aber glücklicherweise tut sie auch nichts dagegen. Die hat nämlich mal gesagt, dass so lange AKWs in Deutschland laufen, auch diese Steuer erhoben werden sollte. Der Steuererlass pro Reaktor und Tag wären dann so in etwa 500.000 Euro! Geil!

Wenn es dann also planmäßig weitergeht, kann schon mal mit den Korken geknallt werden. Aber bitte sonst nicht knallen, liebe Brennelemente!

Bringt sich schon mal in Sicherheit: die AGORA

Der römische Dichter Juvenal sagte einst,

anteilige Professorenschaft der Hochschule Fulda,

„mens sana in corpore sano“, jawoll, „ein gesunder Geist in einem gesunden Körper“.
Bewegung, so zumindest die Schulmedizin, trägt zu einem vitalen Genius bei. Um frisch gelüftet die anstrengenden Seminarinhalte überbringen zu können, tut ein kleiner Spaziergang allgemein gut. Doch wie wir zwischen zwei Bierchen auf den Hochschultagen erfahren durften, fühlen sich einige wenige von Ihnen außer Stande, die schlappen 200 Meter vom Hochschulparkplatz zum Seminargebäude zu laufen und arbeiten deshalb fleißig daran, einen motorisierten Shuttle-Service einzurichten. Ach so, frische Luft im Oberstübchen ist nicht in der Studienordnung vorgesehen? Analog könnten Sie sich doch einfach von Ihren Studierenden auf Händen tragen lassen.

Lüftet gern Talare, die AGORA

Wir wissen zwar, dass Sie,

Dr. Heiko Wingefeld, OB der Stadt Fulda,

es nicht immer leicht haben, staunen aber doch nicht schlecht über Kapriolen ihrer Amtsausübung. Da hat der Künzeller Bürgermeister Timo Zentgraf (parteilos) doch in einem offenen Brief die mögliche Standortfrage des Möbelhauses Sommerlad angesprochen und zudem der Fuldaer Zeitung eine tendenziöse Berichterstattung unterstellt. Dass diese daraus einen Aufhänger macht und jegliche Tendenz dementiert, sie sänge dessen Lied, wessen Geld sie bekäme, sei selbstverständlich ihr überlassen. Gestolpert sind wir über etwas ganz anderes und wir hoffen natürlich, dass Sie Ihren Teil dazu beitragen, die Fragezeichen über unseren Köpfen verschwinden zu lassen.

Sie werden in der Fuldaer Zeitung vom 28. Mai mit den Worten zitiert, Sie seien „sehr überrascht über die Äußerung, die mit mir nicht abgestimmt war.“ Entschuldigung, wir müssen uns nur mal eben die Augen reiben und diesen Vorgang nochmal bildlich vor eben diesen ablaufen lassen und fassen Ihren Einwurf kurz folgendermaßen zusammen: Der oberste Wahlbeamte einer eigenständigen Kommune wagt Äußerungen in der Öffentlichkeit, die mit dem anderen obersten Wahlbeamten einer ganz anderen Kommune vorher nicht abgesprochen waren. Was heißt das denn im Umkehrschluss? Sprechen Sie alle Ihre Äußerungen vorher mit den Bürgermeistern der anderen Kommunen im Landkreis ab? Sprechen Sie einem anderen Bürgermeister seine Redefreiheit ab? Herr Dr. Wingefeld, was ist denn das für ein fragwürdiges Demokratieverständnis? Und mit welchen Bürgermeistern sprechen Sie denn Ihre Entscheidungen ab?

Dass Ihnen der Brief, oder sagen wir, das Statement von Timo Zentgraf etwas Schweiß in den Kragen treibt, ist offensichtlich. Handelt es sich hier etwa um einen Fall von Whistleblowing? Wir suchen schon mal nach Taschentüchern, vielleicht werden sie sie brauchen!

Immer diskussionsfreudig, Ihre AGORA

Ist Wasser Leben? Wasser ist Macht!

Ein Gastbeitrag von Barbara Göttenauer

Die Firma Nestlé hat schon das dritte Mal versucht, auf die EU dahingehend einzuwirken, Wasser zu privatisieren. Leider haben sehr aufmerksame Bürger diese Versuche jedes Mal bemerkt und sich dagegen gewehrt. Anscheinend konnten Nestlés Lobbyisten bisher nicht genug Politiker auf ihre Seite ziehen.

Warum auch will die Mehrheit der EU-Bürger, dass Wasser ein Allgemeingut bleibt und eben nicht privatwirtschaftlich gehandelt wird? Die Privatwirtschaft könnte mit Wasser einen ganz neuen Geschäftszweig eröffnen. Größer und umfassender als mit den paar Mineralbrunnen, die einzelne Firmen wie Nestlé und Danone weltweit eifrig aufkaufen. Die Preise ließen sich nach dem Willen der Wirtschaft festlegen, z.B. 3 Euro pro Liter statt pro m³, wie bisher.

Wasser ist schließlich ein Gut höchster Qualität, das seinen Preis haben sollte! Dieses Qualitätsgut als Allgemeingut zu bezeichnen, auf das jeder Mensch Anspruch hat, ist viel zu engstirnig gedacht. Wasser ist eine Ware wie alles andere auch, die finanziell ausgeschlachtet werden sollte.

Die Bemühungen einzelner Unternehmen bringen unbedarften Bürgern den Einstieg in die Konsumgesellschaft nahe. Besonders Länder, die durch den Kapitalismus noch nicht komplett bestimmt sind, sollten sich für diese „Entwicklungshilfe“ glücklich schätzen.

Wasser ist vor allem auch eine spannende Ware, um die – nicht nur in der EU – gestritten wird. geführt werden. Bei einer Privatisierung des Wassers wären alle Probleme dieser Art gelöst. Einzelne Wirtschaftskonzerne könnten eine Art Weltherrschaft aufbauen und sich

mit den friedlichen Mitteln der Marktwirtschaft einigen. Die Monopolstellung von irgendwelchen kommunalen Wasserversorgern sollte uns dagegen wirklich zu denken geben. Der Bürger möchte sein Wasser lieber überteuert und begleitet von sehr viel informativer Werbung bei den *Global Playern* einkaufen, denn der mündige Bürger unterstützt doch gern die Macht einzelner Großkonzerne. Wenn durch den Klimawandel der Wassermangel begünstigt wird, ist es doch gut zu wissen, dass eine rein wirtschaftliche Lösung schon bereitgehalten wird. So möchte doch jeder sofort Nestlé unterstützen. Die wunderbaren Produkte dieses Konzerns müssen uns das einfach wert sein!

Dabei sieht es hier direkt bei uns in Fulda eigentlich sehr gut aus: Der Ruf des Rhönwassers ist so gut, dass sich deswegen sogar ein Konzern wie Danone mit der Marke Milupa hier angesiedelt hat. Das neue Werk wurde gerade in Fulda eröffnet. Wahrscheinlich hat sich die Papierfabrik Jass damals aus dem gleichen Grund hier eingefunden, denn das verwendete Wasser hat einen direkten Einfluss auf die Eigenschaften des hergestellten Papiers. Desweiteren gibt es die zwei inhabergeführten Mineralbrunnen Rhönsprudel und Förstina. Beide haben Wasser im Programm, das auch für die Säuglingsnahrung empfohlen wird, d. h. besonders natriumarm ist. Und nicht zuletzt zieht das Hochstiftliche Brauhaus Fulda das Brauwasser direkt aus dem hauseigenen Brunnen. Die Qualität dieses Wassers ist so gut, dass es ungefiltert entnommen werden kann. Zum Glück weiß Nestlé davon noch nichts...

Foto: CCO - Public Domain



War watt?

Der Minister für Energie schreibt an seine Fraktion

War watt? Der Minister für Energie schreibt an seine Fraktion Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, will noch vor der Sommerpause die Reform des EEG durch den Deutschen Bundestag bringen. Nach Gesprächen mit den Ländern und Kompromissen innerhalb der Koalition passierte der veränderte Entwurf jetzt das Kabinett. Um allzu großen Ärger in den eigenen Reihen zu vermeiden und eine möglichst hohe Zustimmung zu erreichen, schrieb der Minister für Energie am 3. Juni einen Brief an die Mitglieder seiner SPD-Fraktion und warb um Zustimmung für die Reform des EEG. Der Blog MetroSolar Rhein-Neckar hat diesen Brief erhalten und veröffentlicht.

zent Wachstum in 2 Jahren hat es in keiner Zeit zuvor gegeben.“ Jeder, der ein wenig von der Materie versteht, weiß, dass alle größeren Projekte einen längeren Vorlauf brauchen. Was ich hier als Erfolg verbucht habe, ist nicht das Ergebnis unserer Politik, sondern der Zuwachs, der durch die Fertigstellung von Off-Shore- und anderen Windprojekten zufällig in unsere Regierungszeit fiel. Richtig ist, dass wir uns erfolgreich darum bemüht haben, die Energiewende vor allem bei der Solarenergie abzuwürgen. Das dokumentiert besser als viele Worte die Grafik hier unten links.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bitte Euch, die Liste mit den vielen Erfolgen nicht so ernst zu neh-



Leider sind Sigmar Gabriel bei der Abfassung des Briefes einige Fehler unterlaufen, die ein Korrekturschreiben notwendig machen. Da der Minister, der ja auch SPD-Vorsitzender ist, schon wieder mit anderen Dingen befasst ist, haben wir Sigmar Gabriel diese Arbeit abgenommen und ihm einen Entwurf für dieses Schreiben erstellt.

Liebe Freundinnen und Freunde, letzte Woche habe ich Euch in Sachen EEG-Reform einen Brief gesandt, der einige Fehler enthielt, die nun zu korrigieren sind. Schon in der ersten Zeile fängt es an. „Die Energiewende ist nicht mehr zu stoppen“ steht da. Richtig ist, dass die Energiewende bisher ausschließlich im Stromsektor stattfindet. Im Verkehr hat sie überhaupt noch nicht angefangen. In mehr als 20 Jahren haben wir nicht ein Kilogramm CO₂ in diesem Segment eingespart. Was noch nicht läuft, muss man auch nicht stoppen.

Falsch ist auch die folgende Aussage, dass der „Anteil der erneuerbaren Energien... heute bei über 33 Prozent“ liegt. Auch diese Zahl bezieht sich auf den Anteil der EE beim Strom. Beim Primärenergieverbrauch – das ist die richtige Bezugsgröße für das Maß der Energiewende – liegen wir bei 13 Prozent. Liebe Freundinnen und Freunde, Ihr habt sicherlich Verständnis dafür, dass ich lieber von den 33 Prozent rede und die Bezugsgröße, die Stromerzeugung, unterschlage. 33 Prozent – das führt die Leser in die Irre – ist aber einfach schicker als 13 Prozent.

Ebenso falsch ist auch der von mir erweckte Eindruck, in der Großen Koalition hätten wir viel für die Energiewende erreicht. „7,4 Pro-

men. Zum Beispiel schrieb ich, „Wir haben einen neuen Strommarkt geschaffen, der fit ist für die erneuerbaren Energien.“ Erzählt diesen Unsinn bitte nicht in Eurem Wahlkreis weiter. Wenn jemand dabei ist, der etwas vom Thema versteht, lacht der sich scheckig. Die Wahrheit ist: Seit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 sind die wesentlichen Dinge so geblieben wie damals vor fast 20 Jahren beschlossen. Der Strommarkt mit seinem Volumen, seinen Marktanzügen und seinen über die Börse ermittelten Preissignalen ist ein Markt für fossile Kraftwerke. Bis heute haben wir es nicht geschafft, diesen Markt für die Erneuerbaren zu öffnen und kompatibel zu machen. Das wird nicht einfach sein, ist aber dank neuer Technologien zu schaffen. Anders als ich es geschrieben habe, ist dieser Markt ausschließlich auf die Kohle und Atomkraftwerke orientiert. Das schafft riesige Probleme:

- Der Vorrang von erneuerbarem Strom macht den fossilen Strom billig.
- Fast alle Kohlekraftwerke schreiben Verluste.
- Aber nach wie vor laufen sie – mangels Alternativen – fast rund um die Uhr. Der überschüssige Strom geht zu Ramschpreisen ins Ausland, drückt auch dort die Preise. Das bringt neuen Ärger.
- Die Kraftwerksbetreiber nehmen ihre Erzeugungsanlagen trotz Verlusten nicht vom Netz, weil sie darauf hoffen, von uns (vom Staat) eine Art Stilllegungsprämie zu bekommen. Da habe ich leider im letzten Jahr wohl die falschen Signale gesetzt und 1,6 Milliarden zu viel ausgegeben.
- Und zu allem Überfluss verstopft

uns jetzt dieses Überangebot an billigem Strom die Netze.

Diese Situation macht mich als zuständigen Minister für Energie ein wenig ratlos. Wenn ich eingreife und die alten Braunkohlkraftwerke vom Netz nehme (aus Gründen des Gesundheitsschutzes wäre das leicht möglich), bekomme ich erstens Ärger mit unseren eigenen Leuten in den Braunkohlländern. Und zweitens droht Ärger mit den betroffenen Unternehmen. Das sind nämlich zum Teil die gleichen Unternehmen, von denen wir noch Geld für den Rückbau und die Endlagerung des Atom Mülls haben wollen. Ich fürchte, beides zusammen – die Einforderung der Liquidität bei gleichzeitiger Schließung von Kraftwerken – könnte die Unternehmen überfordern.

Und dann noch die Geschichte mit Bayern. Kein vernünftiger Mensch würde nach den letzten Unwettern, die ja besonders in den Maisanbau-Gebieten schwere Schäden verursacht haben, weiteres Geld in den Ausbau der Biogasanlagen stecken. Der Maisanbau fördert die Bodenerosion, bei Starkregen führt das mitunter zu Schlammlawinen. Das ficht aber einen Typen wie Horst Seehofer nicht an. Der hat Probleme mit den Bauern, die bei einem Milchpreis von unter 30 Cent pro Liter drauf zahlen. Also braucht es Kompensation. Horst Seehofer hat mir in der Koalitionsrunde die Pistole auf die Brust gesetzt. Ohne weitere Förderung von Biogas könne die CSU nicht zustimmen. Also habe ich wider besseres Wissen 2,4 Milliarden Euro drauf legen müssen.

Liebe Freundinnen und Freunde aus der SPD-Fraktion, Ihr erkennt, dass die Probleme mit dem EEG viel komplexer sind, als ich Euch das im Brief vom 3. Juni beschrieben habe. Und dabei habe ich in dem Brief völlig darauf verzichtet, ein Wort zum Thema „Klimaschutz“ zu verlieren. Die ganzen Energiefragen sind schon komplex genug, um das Klima kann ich mich nicht auch noch kümmern.

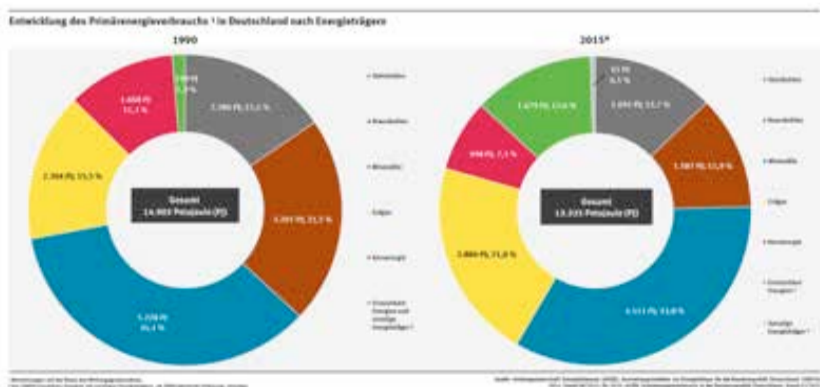
Richtig ist, was ich am Ende des Briefes schrieb. „Der Siegeszug der Erneuerbaren... ist da.“ Ich weiß zurzeit allerdings nicht, ob er auch in Deutschland stattfinden wird. Als zuständigem Minister sind mir – in dieser Partei, bei diesen Umfrageergebnissen, in dieser Koalition – zu sehr die Hände gebunden. Dafür bitte ich Euch um Euer Verständnis.

Mit herzlichem Gruß
Euer Sigmar Gabriel

Der Autor Hubertus Grass über sich selbst:

Nach Studium, politischem Engagement und Berufseinstieg in Aachen zog es mich nach Sachsen. Tätigkeiten u. a. als Landesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Prokurist einer Unternehmensberatung und Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden. Jetzt selbständig. Ökologischer Überzeugungstäter.

Dieser Text erschien zuerst auf www.dialog-energie-zukunft.de



AUSBAU DER PHOTOVOLTAIK 2010 - 2015

Gesamtleistung der neuinstallierten Anlagen pro Jahr in Deutschland



Daten: Bundesnetzagentur, BSW Solar

Demokratie ist Konflikt!

Demokratie ist Konflikt. Yeah, Mann! Klar. Unterschreibe ich sofort. Wenn es nur so einfach wäre. Konflikte auszuhalten, seine Menschlichkeit dabei nicht zu verlieren, selber den anderen nicht weghaben zu wollen oder schlecht zu denken, ist so verdammt schwer.

Es ist Freitagabend. Wie fast jeden Freitag treffe ich mich mit ein paar Kumpels zum Radfahren. Bei jedem Wind und Wetter. Ziel ist dann ein gemütlicher Ort, um wieder Energie zu tanken, meist in Form eines leckeren Koteletts und Bieres. Einer der Radkollegen, Haile, ist noch nicht so lange in Deutschland. Seine Flucht aus Äthiopien ist erst zwei Jahre her. Leider fährt er meistens vorneweg - ich schiebe es auf sein junges Alter und die 20 Kilo weniger, natürlich nicht auf meine 10 Kilo zu viel. Vielleicht ist er aber auch einfach talentierter, auf jeden Fall mehr im Training. Wir fahren diesmal den Radweg an der Fulda entlang Richtung Kämmerzell. Haile und Jan passieren 10 Meter vor mir und Steve zwei Fußgänger. Sie sehen aus wie Vater und Sohn. Der Eine Ende Fünfzig, der Jüngere Mitte Dreißig. Es ist warm, beide tragen eng anliegende T-Shirts, der

Sohn sogar ein Muskelshirt. Man sieht männliche Oberkörper mit einem wohl trainierten Hochstiftmuskeln darunter. Aufrechter Gang, die Brust rausgestreckt, Stolz im Gesicht, als ich plötzlich ein „U-U-U“ vernehme, das der Ältere der beiden Passanten gerade klar und deutlich von sich gibt. Ich verstehe zuerst nicht, doch dann wird mir schlecht, denn mir wird klar, dass die affenähnlichen Geräusche meinem Fahrradfreund Haile gelten. Am helllichten Tag, kurz vor Gläserzell. Mein Instinkt wird wach und ein „dummes Arschloch“ schreie ich den beiden hinterher. Steve fragt mich, was los sei. Ich berichte kurz und er mag es erstmal nicht glauben. Deshalb dreht er um, um die beiden Fußgänger noch mal zu inspizieren. Nach ein paar Minuten kommt er zurück und sagt mit seiner ernsthaften Gelassenheit: „Joah, könnten schon Nazis gewesen sein.“ Weiter erklärt er, dass er neben ihnen her gefahren sei und fragte, ob sie selbige Geräusche noch mal wiederholen könnten. Unsere beiden stolzen Deutschen gingen direkt in die Defensive und sagten, dass Steve sie gerade nötigen würde. Während der beiden nächsten Stunden im Sattel drehten sich mei-

ne Gedanken ausschließlich darum, wie ich und die anderen hätten reagieren sollen. Anfänglich kamen Wutscübe, die mich fast dazu bewegten, umzudrehen und die zwei „Deutschen“ in die nächste Dornenhecke zu werfen. Immerhin waren wir in der Überzahl. Doch schnell wurde mir klar, dass die Herren sich dadurch nur bestätigt fühlen würden und sich als Opfer erleben würden. „Fremd und bedroht im eigenen Land.“ Hört man das nicht immer wieder von den Menschen, die bekennende Rechtsradikale sind? Und dann noch wegen Jemandem, der eigentlich in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten stehen sollte. Außerdem wären wir dann selbst zu Aggressoren geworden, hätten wir unseren Rachefeldzug durchgezogen. Ähnliches wäre wohl passiert, wenn wir, was auch eine Idee aus der Gruppe war, hinter den beiden „Helden“ hergefahren wären und Grunzgeräusche gemacht hätten. Gleich der Botschaft: „Ihr Schweine.“

Beim Fahren fällt mir dann ein Zitat von Mo Asumang ein: „Der Kreislauf der Gewalt kann unterbrochen werden. Nicht sie (in dem Fall die rassistischen Fußgänger) müssen

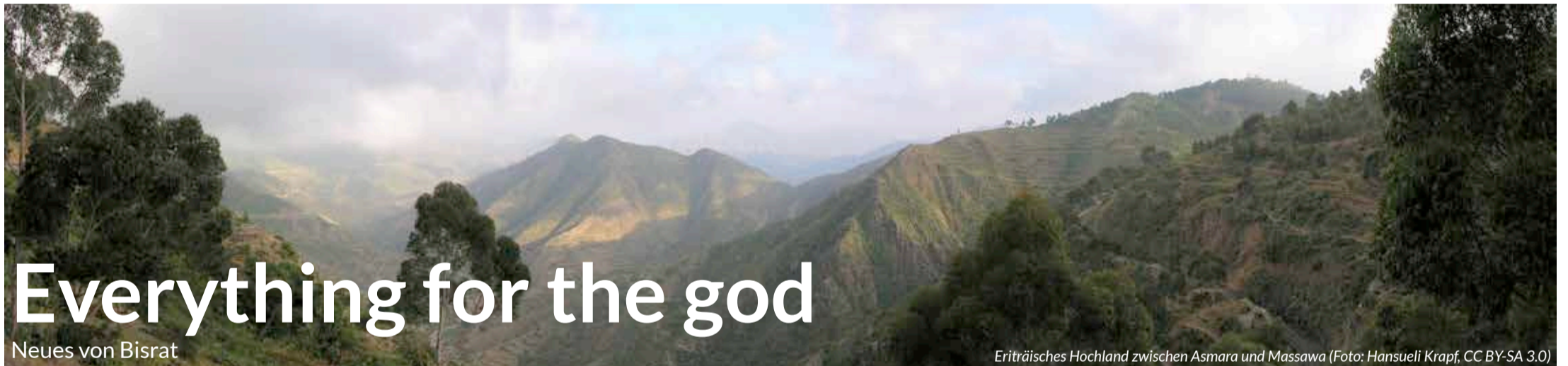


wir versuchen zu ändern, sondern wir sollten vor allem auf uns achten. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, nicht gegen etwas zu kämpfen, sondern seine ganze Kraft dafür zu verwenden, die eigene Menschlichkeit zu erhalten, mit all seiner Wärme man selbst zu bleiben, egal, vor wem man steht.“

Natürlich konnte ich das nur sinngemäß meinen Kumpels wiedergeben und die Diskussion ging weiter, als wir betrübt beim Italiener in Horas an unserem Kaltgetränk nippten. Wir fragten uns, warum es einfacher für uns ist, auf Menschen aus anderen Kulturen zuzugehen, als mit den zwei Tätern zu sprechen: „Hallo, Jungs. Dürfen wir euch Haile vorstellen? Der arbeitet jetzt

schon länger bei uns im Laden. Was hat euch denn da geritten, diesen Quatsch zu machen?“ Klingt so einfach. Doch da sind so viele innere Hindernisse. Aber ist es nicht das, was mit der Überschrift gemeint ist? Demokratie heißt, wach mit Konflikten umzugehen, sie nicht zu unterdrücken, sich ihnen zu stellen. Wahrscheinlich auch der inneren Wut und Angst. Und sich dennoch davon nicht übermannen zu lassen. Dabei fest bei seinen Werten zu bleiben, ohne überheblich und unmenschlich zu denen zu sein, die vielleicht sogar objektiv ein Brett vor dem Kopf haben.

Leicht ist es nicht. Ein langer schwerer Anstieg mit großem Kettenblatt.



Everything for the god

Neues von Bisrat

Eriträisches Hochland zwischen Asmara und Massawa (Foto: Hansueli Krapf, CC BY-SA 3.0)

Bisrat, geflüchtet aus Eritrea, 31 Jahre alt, Moslem, in seiner Heimat war er Grundschullehrer, lebt seit Anfang Januar in unserer Wohngemeinschaft. Seitdem lernen wir im Zusammenleben und bei unseren Gesprächen am Küchentisch voneinander und miteinander, ganz im wörtlichen Sinn des Begriffs „Integration“, von lat. integrare ‚erneuern, ergänzen, geistig auffrischen‘.

Es ist faszinierend und beeindruckend mitzuerleben, wie Bisrat sich das Leben hier aneignet. Sich durch Arbeitsamtstermine, Anträge und Formalitäten schlägt, deren Sinn wir ihm selbst nicht immer erklären können. Wie er unseren Umgang, unsere Gewohnheiten und Lebenseinstellungen ergründet, und wie wir selbst unsere Kultur manchmal besser durchschauen, wenn er uns seinen Blick darauf schildert.

Ihm gefällt, wenn wir zusammen Kochen oder Grillen und jeder bringt etwas mit. Wenn er etwas bekommt, gibt er etwas zurück. Immer. Unseren Putzplan findet er super und auch, wie sich Männer und Frauen im Haushalt die Arbeit teilen. Wenn erst seine Frau auch hier lebt, wird er ihr bei allem helfen - und sie wird sich wundern. „Alles zusammen“, das ist gut. Beeindruckt bis verwundert ist er auch von dem Aufwand, den wir rund ums Kochen und um abwechslungsreiche Ernährung betreiben, und davon auf wie viele Arten man Kartoffeln zubereiten kann. In seiner Heimat habe er

oft jeden Tag dieselben Grundnahrungsmittel zu sich genommen und sei eigentlich ganz zufrieden gewesen.

Dass die Arbeitszeiten bei seiner neuen Praktikumsstelle elektronisch erfasst werden, hält er für ein gutes System, sehr korrekt, sehr deutsch. Nicht so gut findet er, nur zum Beispiel, dass wir alle barfuß ins Bad gehen. Sein Versuch, uns für Badelatschen zu begeistern, ist gescheitert, wir sind da weniger anpassungsfreudig als er.

Gelernt habe ich aber zum Beispiel folgendes von ihm:

Als ich ihn neulich bat, nachts doch etwas leiser zu sein, da ich manchmal von seinem lauten Türenknallen oder Telefonieren aufwache, war er nicht verärgert, sondern nahm mein Gesicht in seine Hände, küsste mich auf die Stirn und sagte: „Vielen Dank für den guten Rat, Schwester.“ Das fand ich toll, weil er damit jeder Missstimmung den Wind aus den Segeln genommen hat. Und ich habe mir vorgenommen, zum Beispiel an der Arbeit, auch mal so auf eine Kritik oder einen Hinweis zu reagieren. Na gut, das mit dem Kuss auf die Stirn lasse ich da vielleicht weg.

Bisrat ist nachts noch in der Wohnung unterwegs, weil er schlecht schläft. Er macht sich dann Gedanken um seine Familie und seine Perspektiven hier in Deutschland. Seine Mutter ist erkrankt, sie lebt inzwischen bei der Schwester in Äthiopien. Von seiner Grundsicherung schickt er so oft er kann ein

wenig Geld. Seine Frau ist in den Jemen geflüchtet, auch dort ist es nicht sicher, manchmal hat er wochenlang keinen Kontakt. Er möchte so schnell wie möglich eine Arbeit finden, damit er mehr Geld schicken kann, aber vorerst muss er weiter Deutsch lernen. Immerhin hat er einen Praktikumsplatz in einem Supermarkt gefunden. Geld bekommt er dort die nächsten Wochen nicht, aber er hofft, dass er vielleicht übernommen wird. „Schritt für Schritt“, das sagt er oft.

Er vertraut auf Gott, und wenn Gott will, dass alles gut wird, dann wird alles gut.

In der Zwischenzeit macht Bisrat die Dinge gut oder doch wenigstens besser für andere:

Er bringt durchreisende Landsleute zur FlixBus-Haltestelle, kauft die Tickets und wünscht eine gesegnete Reise. Er macht Frühstück und Mittagessen für die drei kleinen Kinder eines Freundes, dessen Frau im Krankenhaus liegt. Er nimmt den 18-jährigen Nachbarjungen aus seinem eritreischen Heimatdorf, der 12 Tage in einem überfüllten Boot von Ägypten über das Mittelmeer nach Italien gefahren ist und dem in der Flüchtlingsunterkunft in Köln die Decke auf den Kopf fällt, zwei Wochen in seinem Zimmer auf, kocht zwei Mahlzeiten am Tag und organisiert ihm schließlich eine Mitfahrgelegenheit nach Hamburg, wo auch „Familie“ lebt. Zum Abschied steckt er ihm 50 Euro zu, damit er eine Weile durchkommt. Dann isst

er eine Woche nur Brot, weil er kein Geld mehr zum Einkaufen hat.

Dass jemand bei ihm übernachten kann, weil er den letzten Zug nach Frankfurt oder den Bus nach Weyhers verpasst hat, ist selbstverständlich, auch wenn er denjenigen nicht immer kennt. Es spricht sich herum, dass Bisrat hilft, sein Telefon klingelt oft.

Manchmal sagt er, dass es zuviel ist, dass er auch Zeit für sich braucht und nicht weiß, wie er allen helfen kann, aber es sei eben seine Pflicht. „Everything for the god“, sagt er und schaut nach oben.

Und wir? Machen uns Sorgen, dass er sich ausnutzen lässt, dass er am Ende kein Geld für sich übrig hat, und manchmal finden wir, dass er zu viele Menschen in unsere Wohnung bringt. Wir fühlen uns in unserer Ruhe gestört, ja, es ist unbequem. Aber es verbindet uns auch immer wieder mit Lebenswirklichkeiten und Alltagsproblemen, die sich trotz aller Medienpräsenz so leicht ausblenden lassen, solange das eigene Leben davon unberührt bleibt. Die Menschen aus Eritrea, Äthiopien, Somalia und anderswo werden uns vertrauter, weniger fremd, einfach weil sie in unserer Küche sitzen, wir ihre Namen hören und sie uns mit der Hand auf dem Herzen begrüßen. Auch diese kleinen Dinge gehören zur großen Aufgabe „Integration“.

„Everything for the god“, das sagt Bisrat oft. Gott wird es richten, insallah. Gott wird es lohnen, bismil-

lah. Und so gibt, er was er kann, im festen Glauben, dass Gott ihn beschützt.

Das ist ein Islam, vor dem ich mich nicht fürchte.

Bisrat selbst macht sich viele Gedanken über seine Religion. Er verfolgt auf Al Jazeera tief betroffen die Nachrichten über den IS. „Das ist nicht der Islam“, sagt er, „das ist die Mafia.“ Manchmal hören wir ihn beten. Die gesungenen Verse klingen fremd und schön zugleich in unserer Wohnung. Als Kind streng religiös erzogen, hält er längst nicht mehr alle Gebetszeiten ein und manchmal plagt ihn deshalb das Gewissen. So wie auch zum Beginn des Fastenmonats Ramadan. Lange überlegt er, ob sich der durch die besonderen Essens- und Gebetszeiten streng vorgeschriebene Tagesrhythmus und nicht zuletzt die körperliche Schwäche durch das Fasten mit den ebenso strengen Anforderungen der deutschen Arbeitswelt vereinbaren lassen. Aber er will es auf jeden Fall versuchen. Vielleicht unterstützen wir ihn ein bisschen und essen am Wochenende ab und zu in der Nacht mit ihm. Seinen Weg zwischen den Kulturen muss er aber letztlich wohl alleine finden.

Fragt man Bisrat, wie es ihm geht, sagt er meisten: „Alles super, al-hamdu lillah.“ Um dann anzufügen: „Life is difficult, meine Schwester.“

Ein kleiner Aufschrei

Ein Gastkommentar von Sebastian Dunger

Frankreich, Polen, Deutschland, USA. Überall lässt sich ein Schritt zurück in Richtung Nationalstaatlichkeit und Isolation beobachten. Rechtspopulistische Parteien boomen und die Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Wie sollen sie in einer Welt noch klarkommen, in der wir durch die Globalisierung bedingt einfach nicht mehr durchblicken?

Das Leben rauscht an uns vorbei, jeden Tag neue Schlagzeilen und keiner hat noch Ahnung was eigentlich in der Welt los ist. Warum fliehen so viele Menschen und warum ausgerechnet zu uns nach Deutschland? Nehmen sie uns unsere Kultur, Religion, Identität und gar noch die Arbeitsplätze? Rechte Kräfte fordern, Deutsche sollen vor Asylbewerbern kommen, wenn es um Arbeitsstellen geht. Dabei gibt es doch so ein Gesetz schon längst.

Ist es die Ignoranz? Das fehlende Interesse? Oder doch die Arroganz der Deutschen? Warum erhält eine Partei wie die AfD so massenhaft Zulauf?

Wir leben in einem Zeitalter der rasenden Geschwindigkeiten und undurchsichtigen Machtstrukturen. Wer da nicht mitkommt, bleibt zwangsläufig auf der Strecke. Schuld ist man natürlich nie persönlich, sondern die gehasste Lügenpresse und die sich selbst vernichtende große Koalition. Merkel führt

unser geliebtes Vaterland und unsere abendländische Kultur in den Ruin und deshalb muss die Kanzlerin weg. Unbedingt.

Parteien wie der Front National, die Partij voor de Vrijheid und die polnische PiS sind die Lösung unseres Jahrhunderts und die Lösung für alle Verlierer und Außenseiter der Globalisierung.

Was soll auch diese lästig gewordene, vollkommen überflüssige Religions-, Presse- und Meinungsfreiheit? Lasst uns einfach dem Islam die Religion aberkennen und ihn als eine politische Ideologie darstellen, dann lässt er sich viel einfacher unterdrücken. Warum haben wir überhaupt noch unabhängige Medien? Investigativer Journalismus ist doch ohnehin viel bequemer wenn er staatlich gelenkt wird. Lasst uns ausländische Medien verklagen, wenn sie etwas verbreiten, dass uns nicht passt. Wir sind doch sowieso die Krone der Schöpfung. Die Perfektion in Person und wenn einer den ersten Stein werfen darf, dann sind das ja wohl wir.

Für diese Werte müssen wir einstehen. Woche für Woche. Auf völlig absurden und stumpfen Spaziergängen und lachhaften Parteitagen. Wir schüren Gerüchte, setzen falsche Meldungen, glauben an den Kopp-Verlag und Compact. Um dem Ganzen noch die Kirsche auf die Torte zu setzen, können wir doch mal ein oder zwei Flüchtlingsheime

anzünden, denn deren Bewohner sind ja eh nur hier wegen unserer Sozialhilfe.

Die Frage ist doch nun, wieso sind wir so wie wir sind? Wieso können studierte Menschen wie Frauke Petry oder Beatrix von Storch so blöd sein? Liegt das etwa an unserem Bildungssystem? Muss man nicht mehr zwingend intelligent sein, um ein Studium abzuschließen zu können? Ist das etwa die Bildungselite unseres Landes? Geschützt von einer Polizei, welche lieber gegen verängstigte Flüchtlingskinder vorgeht als gegen eine gröhrende, fremdenfeindliche und gewaltbereite Masse. Eine Polizei, die schlagartig beim Anlegen der Uniform Mitgefühl und Moral verliert und vor Inkompetenz und Arroganz nur so strotzt. Da ist es doch auch nur ratlos eine Hilfspolizei in Sachsen zu etablieren, welche nach einer dreimonatigen Ausbildung eine Waffe bekommt. Das tut unserer Menschlichkeit und unserem Justizsystem garantiert gut. Natürlich darf man nicht pauschalisieren. Natürlich gibt es auch andere, gute Polizisten. Jedoch lassen sie sich nur selten sehen.

Die Welt gerät aus den Fugen. Die Menschheit verblödet und katapultiert sich zurück ins 19. Jahrhundert. Die EU gilt für viele EU-Bürger nun mehr als Übel und nicht mehr als Gewinn unseres Zeitalters. Doch haben wir nicht auch dank der EU



Foto: CCO - Public Domain

eine Arbeitslosenrate von unter fünf Prozent? Können nicht dank der EU alle Sachsen in die Tschechische Republik fahren, um kostengünstig einzukaufen? Haben wir nicht dank der EU ein florierendes Wirtschaftssystem, einheitliche Umweltschutz-Standards, stabile Demokratie und damit einhergehend grundlegende Menschenrechte in allen EU-Mitgliedsstaaten? Wie kann man nur so kurzsichtig sein und die EU verlassen wollen, oder diese gänzlich abschaffen, wie

es die AfD seit neustem in ihrem Parteiprogramm verankert hat. Der Mensch erblindet in seiner Ignoranz. Er träumt von Katastrophen und dem Untergang seiner Existenz. Die Bühne des weltpolitischen Geschehens ist dem Menschen immanent und er vermag es nicht zu begreifen.

Warum auch. Sein eigener kleiner Mikrokosmos war bis jetzt doch völlig ausreichend.

In Fulda sagt man Gude!

Das „Welcome In Wohnzimmer“ will Harmonie stiften – und braucht Unterstützung.

Ein Gastbeitrag von Jochen Schiersch, hauptamtlicher Projektkoordinator des „Wohnzimmers“

„Miteinander statt übereinander reden.“ Unter diesem Motto planen etwa dreißig Ehrenamtliche der gemeinnützigen Initiative „Welcome In“ Fulda seit Monaten, einen Begegnungsraum mitten in der Innenstadt zu realisieren. Gemeinsam mit Geflüchteten soll ein einzigartiges „Wohnzimmer“ eingerichtet und betrieben werden, in dem nicht der Konsum, sondern das Einander-Kennenlernen im Mittelpunkt steht. Bei der Umsetzung braucht die Gruppe Unterstützung aus der Fuldaer Zivilgesellschaft.

Die Idee für das „Wohnzimmer“ entstand beim Jahrestreffen der Initiative „Welcome In“ Fulda im November letzten Jahres. Die rein ehrenamtliche Initiative setzt sich seit 2009 für die Belange von geflüchteten Menschen im Landkreis Fulda ein, gibt Deutschkurse, organisiert Freizeitveranstaltungen, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr (alle Informationen auf www.welcome-in.org). Was viele der etwa 150 Welcome-In-Aktiven seit Langem beobachten: Die meisten Asylsuchenden und auch bereits anerkannte Flüchtlinge leben isoliert von der Fuldaer Bevölkerung in großen Gemeinschaftsunterkünften. Deshalb fällt es vielen sehr schwer, die Sprache zu lernen, Jobs oder Wohnungen zu finden, geschweige denn soziale Kontakte mit Menschen aus der Region zu knüpfen. Das führt zu viel Ernüchterung und Frust. Andererseits scheinen in einigen Teilen der Fuldaer Bevölkerung pauschale Vorurteile gegenüber „den Flüchtlingen“ zu kursieren. So mancher Kommentar in sozialen Netzwerken, die Aktivitäten der

rechten Szene im Landkreis und die jüngsten Ergebnisse der Lokalwahlen – vieles deutet auf ein beständig wachsendes Konfliktpotenzial im Landkreis hin. Beim Brainstorming auf der Jahresversammlung kam deshalb die drängende Frage auf:

„Was können wir dagegen tun?“

Auf diese Frage hin entstand im Laufe der letzten sieben Monate in mühevoller, ehrenamtlicher Arbeit ein vielschichtiges Projektkonzept, in dessen Zentrum die Einrichtung des „Wohnzimmers“ steht. „Wie sieht wohl ein Wohnzimmer in Eritrea aus? Oder in Syrien, Afghanistan oder im Irak?“, fragten sich die Aktiven der Gruppe. Die etwa 4.500 geflüchteten Menschen, die derzeit im Landkreis Fulda leben, bringen Wissen, eine vielfältige kulturelle Erfahrungswelt und häufig eine riesige Motivation mit, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Man könnte an diese positiven Voraussetzungen anknüpfen und die Menschen tatsächlich willkommen heißen. Stattdessen wird durch strukturelle Diskriminierung (Stichworte: Residenzpflicht, Vorrangprüfung, u.v.m.) und durch höchst problematische Unterbringungsformen dazu beigetragen, dass viele Geflüchtete beständig in die Rolle der Hilfesuchenden gedrängt werden und damit soziale Ausgrenzung erfahren.

Im „Wohnzimmer“ nun sollen interessierte Geflüchtete die Möglichkeit bekommen, aus der beständigen Opfer- in eine aktive Rolle zu schlüpfen und ihren Erfahrungsschatz in einem praktischen Umfeld zum Ausdruck zu bringen. Nach der

Einrichtung könnte der Spieß dann einmal herumgedreht werden – und Asylsuchende könnten Menschen aus Fulda „bei sich“ willkommen heißen.

Auf der anderen Seite hätten „Einheimische“ die Chance, Menschen mit Fluchterfahrung in einer entspannten und unkommerziellen Umgebung kennenzulernen, und eben mit einzelnen Menschen und nicht pauschal über „die Flüchtlinge“ zu reden. Damit könnten viele der grassierenden Vorurteile und Ängste auf beiden Seiten ausgeräumt werden.

Doch das Projekt will nicht nur diese Zielgruppen ansprechen. Ganz generell ist es der Ansatz der Gruppe, Menschen, die in verschiedenen sozialen Blasen nebeneinander her leben, im künftigen „Wohnzimmer“ zueinander zu bringen. Ehrenamtliche verschiedener Initiativen, Studierende, Angestellte aus Behörden, Vertreter*innen aus der Wirtschaft, usw. - alle sollen im Begegnungsraum willkommen sein und die Chance haben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Auch viele der ehrenamtlichen Projekte von Welcome In sollen künftig im „Wohnzimmer“ stattfinden. Damit würde zum einen die Privatsphäre von Asylsuchenden in den Unterkünften gewahrt und zum anderen auch eine breitere Öffentlichkeit für das Ehrenamt erreicht.

Auf dem Weg zur Realisierung hat die Planungsgruppe bereits einige Erfolge feiern können. So wurde von der evangelischen Lutherkirche auf Initiative von Pfarrer Matti Fischer eine, zunächst auf ein Jahr befristete, halbe Stelle für die Projektkoor-



Foto: Welcome In

dination eingerichtet, die der Autor dieses Artikels seit April ausübt. Die Gruppe hat bereits über 16.000 € an Geld- und Sachspenden erhalten und ein umfangreiches Konzept mit Finanzplan erarbeitet, welches auf der eigenen Internetseite www.wohzimmer-fulda.de eingesehen werden kann. Durch viel Öffentlichkeitsarbeit der Aktiven hat sich das „Wohnzimmer“ bereits vor seinem Existieren einen Namen in Fulda machen können. Das Projekt wird von über 30 Fördermitgliedern und kooperierenden Initiativen mit monatlichen Zuschüssen unterstützt, womit langsam aber sicher eine finanzielle Basis entsteht, die die Anmietung von Räumlichkeiten erlaubt.

Doch hier stellt sich den Ehrenamtlichen ein zentrales Problem. Um möglichst viele Menschen und auch Laufkundschaft zu erreichen suchen sie nach Räumlichkeiten in möglichst zentraler Innenstadtlage. Trotz zahlreicher Leerstände wurden sie bisher jedoch nicht fündig, da entweder zu hohe Mieten verlangt wurden, oder aber die jeweili-

gen Vermieter*innen das Non-Profit-Projekt ablehnten.

Deshalb bittet die Wohnzimmer-Planungsgruppe um Unterstützung aus der Fuldaer Zivilgesellschaft. Wer sich aktiv an der weiteren Planung beteiligen möchte, Tipps für mögliche Räumlichkeiten, Kooperationsanfragen, sonstige Hinweise oder Fragen an die Initiative hat, kann sich per E-Mail an info@wohzimmer-fulda.de direkt an die Gruppe wenden. Viele weitere Informationen über das Projekt und über die Fördermitgliedschaft finden sich auf der Wohnzimmer-Website. Auch Einzelspenden helfen enorm, das „Wohnzimmer“ zu realisieren.

Spendenkonto: Welcome In Wohnzimmer,
IBAN: DE52 5306 0180 0100 6197 44,
VR-Bank Fulda

Neugierde ist ein viel besserer Ratgeber als Angst. Alle Neugierigen sind herzlich eingeladen, an diesem einzigartigen Projekt teilzuhaben.



In den lokalen Medien wurde es nicht verbreitet, und doch hat es sich in Windeseile herumgesprochen: Der Server der Stadt Fulda wurde anonym gehackt. Dabei kamen ein intensiver Mailwechsel sowie ein hausintern versendetes Konzeptpapier aus dem Straßenverkehrsamt zum Vorschein, die aufzeigen, durch welche Aktivitäten und Baumaßnahmen sich Fulda zukünftig als hessische Fahrradstadt neu erfinden will. Das vielversprechende Konzept wurde unserer Redaktion anonym zugespielt und wir staunten nicht schlecht.

Ausgang des Ganzen war die Teilnahme der Barockstadt am bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ von Mitte Juni bis Mitte Juli 2016, bei dem die Teilnehmer ihre gefahrenen Fahrradkilometer täglich in eine digitale Liste eintragen und aus deren gesammelten Gesamtkilometer ein Städteranking hervorgeht. Die Teilnahme Fuldas und die Schirmherrschaft durch Stadtbaurat Daniel Schreiner hätten schon stützige machen müssen. Warum nimmt die Stadt Fulda an einem

Fulda – Fahrradhauptstadt Hessens

AGORA veröffentlicht bislang verschwiegene Inhalte der örtlichen Stadtverwaltung

Wettbewerb teil, bei dem aufgrund der relativ wenigen Radfahrer im Stadtgebiet von vorne herein feststehen müsste, dass sie bundesweit einen der hinteren Plätze einnehmen wird? Es sollte sicherlich bessere Werbemöglichkeiten für die Osthesenmetropole geben, als einen Platz in der Abstiegzone eines viel beachteten Rankings. Durch

den Einblick in den gehackten Mailverkehr wird der AGORA nun klar, warum Fulda hier an den Start ging: Stadtbaurat Daniel Schreiner verzichtet während der Laufzeit aufs Auto und kommt mit dem Rad zur Arbeit, um seine eigenen Erfahrungen mit der bisherigen inkompetenten und fahrlässigen Radwegeplanung in Fulda zu sammeln und deutliche Verbesserungen auszuarbeiten. Dies geht jedenfalls aus den vorliegenden Hackerdaten hervor, wengleich dies so nicht der Medienkampagne zu entnehmen war. Und das Stadtradeln ist nur der Anfang – das Straßenverkehrsamt hegt für Fuldaer Verhältnisse beinahe revolutionäre Verkehrsentwicklungspläne, die als äußerst zukunftsweisend betrachtet werden können.

Zusammengefasst steht in den kommenden Jahren eine komplette Veränderung der „Lokalen Verkehrswegeplanung“, so der Titel des Konzeptes, an. Umfassende und lückenlose Radverkehrswege und ein grundlegend überarbeiteter öffentlicher Personennahverkehr werden

zukünftig das Bild prägen.

Zur Hilfe kamen den Planungen aktuelle Verkehrsstudien, die belegen, dass mit der wachsenden Elektromobilität im Alltagsverkehr in weiten Teilen der Bevölkerung ein Umdenken stattfinden wird. Vor allem E-Bikes als Ergänzung zum herkömmlichen Fahrrad werden das Stadtbild der Zukunft prägen und auch die Lieblingszielgruppe der Barockstadt, die rüstigen Rentner, aufs Fahrrad umsteigen lassen.

Und auch die traditionellen Innovationshindernisse wie Industrie- und Handelskammer (IHK) und die tonangebende Interessensgemeinschaft „City Marketing“ konnten durch geschickte Argumentation hinsichtlich der bevorstehenden Steigerung der Übernachtungszahlen in den rasant anwachsenden Hotelneubauten durch mehr Fahrradtourismus entlang des Radwanderweges R1 überzeugt werden, mit der Stadt Fulda an einem Strang zu ziehen.

So findet sich sogar ein Vorschlag zu einer nahezu komplett autofreien Altstadt, um die Bausubstanz zu erhalten und die Lebensqualität zu steigern. Obwohl die Geschäftswelt seit Jahren ihr Veto bei der Umgestaltung der Friedrichstraße eingelegt hatte und die Mandatsträger so vor sich hertrieb, scheint sie, bzw. ihre Interessengemeinschaft „City Marketing“ selbst hier zukünftig der Umwandlung zuzustimmen. Hintergrund sind wohl bislang nicht veröffentlichte Umfragen unter der Umlandbevölkerung und den Touristen, die in einer motorfreien Friedrichstraße länger und häufiger verweilen würden. Im Gegenzug kommt man den auf Außenwirkung bedachten Marketingstrategen bei der Gestaltung der im Innenstadtbereich angelegten Radwege entgegen: die rote Markierung, die Signalwirkung auf die Autofahrer haben und somit Radfahrer schüt-

zen soll, wird in gleichem Farbton wie die Sonnenschirme gehalten. Probeweise wurden die Radwege entlang der Petersberger- und Dalbergstraße bereits vor zwei Jahren neu und kräftiger markiert. Das bislang bestehende Chaos der Radwegemarkierung mit weißen Strichlinien, sinnlosen Unterbrechungen und zuweilen lebensgefährlich verlaufender Streckenführung mal im Fließverkehr, mal auf Fußgängerwegen, wird nun peu-a-peu entfernt und auch durch rote Markierung sowie eine eigene Ampelführung hervorgehoben. Zumindest finden diese Ideen endlich vielfach Unterstützung in den am gehackten Mailverkehr beteiligten Institutionen und Sachbearbeitern, die sich in dieser Angelegenheit bislang nur bedingt kompetent gezeigt hatten.

Und es geht noch mehr: Für den Radverkehr werden wohl zusätzliche Fahrspuren eingerichtet. So wird zukünftig zum Beispiel in der Heinrichstrasse und der Lindenstraße jeweils eine der in den zweispurigen Einbahnstraßen vorhandenen Fahrspuren für den beiderseitigen Radverkehr umgestaltet. So minimiert sich die hier besonders drohende Unfallgefahr deutlich. Auch die engen Straßen durch die Altstadt werden so gestaltet, dass der Radverkehr vorrangig fliesen kann, ohne gefährdend auf den Bürgersteig abgedrängt zu werden, wie es gegenwärtig noch der Fall ist.

Außerdem, und das ist die weitere gute Nachricht, wird der öffentliche Nahverkehr deutlich in Qualität und Quantität ausgebaut. Die Großparkplätze Ochsenwiese, Weimarer Straße, Stadion, Aueweiher / Westring und Kaiserwiesen werden mit großräumigen Linienbussen kurzgetaktet bis in den späten Abend und am Wochenende auch nachts angefahren. Ein schon am Stadtrand intensiv beworbenes

Park-and-Ride-System wird, so der Plan, die vielen Besitzer dimensionsprengender Geländewagen zufrieden stellen, für die die Parkmöglichkeiten und die Altstadt mit ihrer engen Gassenführung nicht konzipiert sind.

Interessanterweise kam dieser Vorschlag von den mächtigen örtlichen Autohändlern, die herausgefunden hatten, dass die Innenstadt von den Kunden ihrer Neuwagen aus Angst vor abgefahrenen Außenspiegeln und verkratzten Stoßschalen kaum noch angefahren wird.

Und so hat das noch geheime innovative Konzept der Stadt Fulda mit dem City-Marketing, der IHK und der Automobilbranche starke Unterstützer, die auf die tatsächliche zügige Umsetzung hoffen lassen. Die Stadt Fulda setzt in der Übergangszeit jedoch erstmal auf langsame Veränderungen. Schließlich, so geht aus dem Mailverkehr hervor, muss die Bevölkerung mitgenommen werden und die verkehrstechnischen Einschnitte und Veränderungen mittragen. Das Endergebnis des „Stadtradelns“, das erst nach Erscheinen dieser Ausgabe feststeht, soll als öffentlichkeitswirksame Maßnahme die Bevölkerung für die Planungen gewinnen, frei nach dem Motto: Unser Fulda soll gut dastehen! Wir lassen uns nicht vom Fortschritt abhängen!

Gegenüber der AGORA wollte von den an den Planungen Beteiligten niemand so recht Stellung beziehen, ein ordentliches Dementi gab es allerdings auch nicht. Zu beschämt scheint man in der Stadtverwaltung ob des Hackings zu sein. Wir jedenfalls werden die Sache weiter beobachten und sofort berichten, wenn Fulda verkehrstechnisch, ökologisch und sicher den Sprung in die Moderne geschafft hat. Zahlreiche Städte sind diesen Schritt so oder ähnlich schon gegangen.

Wollt ihr uns ver(knack)arschen?

Das Stadtradeln als Chance

Zunächst haben wir uns schlapp gelacht – ausgerechnet die Stadt Fulda mit ihrer Radwegeplanung für Lebensmüde tritt im bundesweiten Wettbewerb STADTRADELN im Kampf um den Titel für die fahrradaktivste Kommune an – witzig!

Doch immerhin, das Thema Fahrrad fahren in der Stadt erhält nicht zuletzt durch unseren Stadtbaurat als Schirmherr der Aktion mal wieder etwas Aufmerksamkeit. Und die Ziele der Kampagne, Klimaschutz und Förderung des Radverkehrs, sind ja ganz in unserem Sinne. Also, liebe Stadt Fulda, so schlecht ist die Idee zur Teilnahme am „Stadtradeln“ dann doch nicht.

Allerdings fragen wir uns, wie ernst es die Stadt damit meint. Denn dem Klimabündnis, das die bundesweite Aktion initiiert, geht es vor allem um „... die Aktivierung von Kommunen, insbesondere sollen KommunalpolitikerInnen für die Belange des Radverkehrs gewonnen werden. Stadt- und GemeinderätInnen, Stadtverordnete und GemeindevertreterInnen etc. stellen die Weichen für die Radverkehrsförderung und -planung

in Kommunen und sind Vorbilder, wenn sie sich selbst in den Sattel schwingen.“

In den Sattel schwingt sich Herr Schreiner auch, aber ein Zusammenhang zwischen der Aktion und der Radverkehrsplanung der Stadt Fulda wurde nach unserem Eindruck nicht so explizit hergestellt, wie wir es uns gewünscht hätten. Zum Beispiel wie es der Bürgermeister von Bad Hersfeld tut, der in seinem Grußwort zum Stadtradeln schreibt: „Liebe Radelfreundinnen und -freunde, Bad Hersfeld ist eine der fahrradaktivsten Städte Nordhessens. Das gerade in Bearbeitung befindliche Radverkehrskonzept wird diesen Status festigen und weiter fördern. Wesentlicher Bestandteil des Konzeptes ist die direkte Kommunikation mit Ihnen. So haben wir seit Sommer 2015 eine Möglichkeit geschaffen, Ihre Anregungen zum Bad Hersfelder Radwegenetz über <http://www.meldeplattform-radverkehr.de> direkt an unsere Stadtverwaltung zu leiten.“

Und auch andere Städte machen in ihren Ankündigungen und Grußworten neue Mobilitätskonzepte

und die Förderung des Radverkehrs zu ihrem Anliegen.“

Die Stadt Fulda bekennt sich zwar nicht zu einer Überarbeitung des kommunalen Mobilitätskonzeptes, bewirbt auf ihrer facebook-Seite und auf der Stadtseite unter www.t1p.de/FuldaSTADTRADELN aber immerhin die Meldeplattform Radverkehr. (Auf unsere Anregung hin wurde dieser Hinweis auch noch auf der offiziellen Stadtradeln-Seite ergänzt.)

Über die Meldeplattform können Bürger*innen Mängel und Wünsche melden, die dann „direkt an den Rad-Verantwortlichen vor Ort“ weiter geleitet werden. Allerdings sind die Erfahrungen unserer Redaktion mit der Meldeplattform eher dürftig. Trotz persönlicher Rückmeldung erfolgte in keinem einzigen Fall eine Veränderung der Situation

Im Zusammenhang mit dem Stadtradeln wird allen teilnehmenden Kommunen die kostenlose Nutzung der interaktiven Meldeplattform RADar angeboten. Der große Unterschied zur Meldeplattform Radverkehr ist die größere Transparenz und der Handlungsdruck, der daraus für die Verantwortlichen

entsteht. Bei RADar sind die Meldungen auf einer Karte öffentlich einsehbar, und der Status der Bearbeitung wird angezeigt. Meldungen können von weiteren Nutzern bestätigt werden und die Kommune kann die Meldungen öffentlich kommentieren. Im Mittelpunkt stehen der Dialog zwischen der Stadtverwaltung und den Bürger*innen und die gemeinsame Verantwortung für die Weiterentwicklung des Radverkehrs.

Die Stadt Fulda hat sich gegen die Nutzung dieses Angebots entschie-

den, da ja die Meldeplattform Radverkehr bereits existiert. Wir ermutigen die Stadt, beim Stadtradeln im nächsten Jahr doch mal das Experiment zu wagen und das Angebot auszuprobieren. Jahreslizenzen für die Nutzung der Plattform über den Stadtradeln-Zeitraum hinaus kosten übrigens rund 150,- Euro – eine gute Investition, wie wir finden.

Und zum guten Schluss drücken wir natürlich der Stadt die Daumen und hoffen auf ein gutes Abschneiden im Wettbewerb.

Ein Anfang ist gemacht.



Foto: AGORA

Ist TTIP gut für Fulda und die Region?

Fuldaer Zeitung macht sich zum Sprachrohr der TTIP-Befürworter und suggeriert falsche Geschlossenheit der regionalen Wirtschaft –

Ein Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Wer die Fuldaer Zeitung vom 7. Mai studierte, bekam eine eindeutige Position zum hochkontroversen Freihandelsabkommen TTIP serviert. „Wirtschaft verspricht sich viel von TTIP“, war da in großen Lettern zu lesen, und ein Bild der Detroit-Niederlassung von EDAG suggerierte, die Firma unterstütze TTIP. Tatsächlich, so EDAGs Pressesprecher Christoph Horvath, hat „TTIP für unser Geschäftsmodell keine Relevanz“.

Gegner von TTIP sehen das Abkommen, das die Kommission der EU seit Jahren mit den USA verhandelt, hauptsächlich als einen Vorstoß großer transnationaler Unternehmen, Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie Arbeitnehmerrechte im Namen von Freihandel als verzichtbare „Handelshemmnisse“ aus dem Weg zu räumen. Haben EU-Länder nämlich auf demokratischem Wege Gesetze erlassen, die Gewinninteressen großer Konzerne schmälern könnten – zum Beispiel Gesetze gegen genmanipulierte Pflanzen, Bestimmungen zum Mindestlohn und vieles mehr – dann eröffnet TTIP (ebenso wie das ganz ähnliche Abkommen mit Kanada, CETA, das die EU-Kommission gerade unter Umgehung der Parlamente der EU-Staaten durchdrücken will) diesen Firmen die Möglichkeit, Staaten und andere öffentliche Körperschaften vor privaten Schiedsgerichten in Milliardenhöhe zu verklagen.

Die Fuldaer Zeitung: Medienpartner der Lobbyorganisation INSM Befürworter jedoch erwarten von TTIP mehr Arbeitsplätze und ein höheres Wirtschaftswachstum. Auch die Fuldaer Zeitung, die laut einem Artikel in der Frankfurter Rundschau und Informationen der Organisation LobbyControl zu den Medienpartnern der von der Arbeitgeberorganisation GesamtMetall finanzierten Lobbyorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zählt, hieb in diese Kerbe. Unter den rot gedruckten Worten „Amerika und Osthessen“ war von US-amerikanischen Tochterunternehmen regionaler Firmen wie Jumo und EDAG die Rede, und dräuend hieß es, „Gerade in Osthessen hängen

viele Arbeitsplätze am Export“. Überzeugend ist die Rede von einer aufgrund von TTIP florierenden Wirtschaft aber kaum. Sogar Studien, die von der EU-Kommission selbst in Feld geführt werden, um TTIP den EU-Bürgerinnen und -bürgern schmackhaft zu machen, sprechen von weniger als 0,05 Prozent zusätzlichem Wachstum und einem Anstieg der Beschäftigung um bloß 0,03 Prozent pro Jahr. Eine andere Studie des Global Development and Environment Institutes der amerikanischen Tufts University, das auf einem Modell der UN basiert, sieht vor allem für nordeuropäische Länder, aber auch unter anderem für Deutschland, Jobverluste, Einkommensverluste, geringeres Wachstum und weniger Export. Dafür sagt sie aber noch mehr Umverteilung von unten nach oben voraus, da Löhne fallen, Einkommen aus Kapitalvermögen aber steigen würden. **„Wettbewerb heißt oft: schlechte Arbeitsplätze“**

Was ist nun daran, dass die lokale Wirtschaft geschlossen hinter TTIP steht? Einerseits gibt es eindeutige Befürworter. Michael Juchheim etwa, geschäftsführender Gesellschafter des Fuldaer Sensor- und Automatisierungsherstellers Jumo, der laut Angaben der Firma mehr als 50 Prozent seines Umsatzes im Ausland erwirtschaftet, sieht „für die deutsche Wirtschaft mehr Chancen als Risiken“. Für eine Firma wie EDAG dagegen, das als Engineering Unternehmen Dienstleistungen in Form von Datensätzen erstellt, so Pressesprecher Horvath, sei TTIP schlicht nicht relevant. Und was die USA anbetreffe, „erbringen wir unsere Dienstleistung ohnehin vor Ort mit unseren amerikanischen Tochterunternehmen EDAG Inc.“ Eine Position EDAGs zum Freihandelsabkommen zu Dienstleistungen, TISA, an dem ebenfalls schon länger gestrickt wird, ist Horvath nicht bekannt.

Dass die gesellschaftlichen Positionen zu TTIP sich nicht auf die Interessen transnationaler Konzerne und die Arbeitgeberseite reduzieren, erfährt, wer auch einmal einen Blick über den vergoldeten Tellerand hinüber zu den Gewerkschaften wirft. Gerade weil „wir nicht auf

und Gesetze sind für TTIP schlicht und einfach Handelshemmnisse, die beseitigt werden müssen. Die Europäische Kommission ist zwar scheinbar auf die Kritik eingegangen, indem sie einen Entwurf für ein neues „Investitionsgericht“ vorlegte. Das Anti-TTIP Bündnis TTIP unfairhandelbar, Compact und PowerShift kommen aber nach einer näheren Analyse zu dem Schluss, dass der Vorschlag nur oberflächliche Änderungen enthält. Hier ein paar von PowerShift, Compact, Corporate Europe Observatory und Transnational Institute vorgestellte Beispiele, was Investitionsschutz für Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene konkret heißen könnte:

Aufgeweichter Umweltschutz

Eine Gemeinde erteilt einem amerikanischen Investor Umweltschutzaufgaben für den Betrieb von Anlagen. Der Investor klagt – und die Auflagen werden aufgeweicht. So

einer abgeschotteten Insel leben“, so Gewerkschaftssekretär Tobias Huth vom DGB Osthessen, und weil Deutschland ein Land ist, „das ganz stark auf Export setzt“, ist TTIP eine Gefahr für Arbeitnehmer. Denn die Wettbewerbsfähigkeit, die weiter für eine Spitzenstellung beim Export sorgen soll, „heißt ganz oft: schlechte Arbeitsplätze“. Der DGB sei nicht gegen faire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, aber er könne kein Abkommen unterstützen, das es Firmen zukünftig ermöglichen kann, beispielsweise gegen Gesetze zu klagen, die Arbeitnehmer mit Regelungen zu Arbeitszeiten oder Mindestlöhnen schützen.

Mit TTIP in die Einheitskultur?

Ob Lebensmittel oder die kulturelle Grundversorgung: TTIP könnte, so die Kritikerinnen und Kritiker,



fast jeden unserer Lebensbereiche berühren – und auch hier gehen die Positionen in der Region weit auseinander. So erwartet der Inhaber der Buchhandlung Ulenspiegel in der Löhnerstraße, Manfred Borg, durch TTIP drastische Auswirkungen auf die eigene Branche: „Wir haben in Deutschland die Preisbindung. Jedes Buch muss immer das gleiche Kosten – egal, ob in einer kleinen oder großen Buchhandlung“ erklärt er. Wenn diese Regelung, die bislang noch das Überleben kleiner Buchhandlungen mit individuellem Sortiment ermöglicht, aufgrund von TTIP fallen sollte, dann müssten zahlreiche Buchhandlungen – einschließlich seiner eigenen – die Türen schließen.

Buchhandelsketten und große Buchhandlungen bestellen „gleich hundert Exemplare des neuen Ken-

Follett“ und lebten schon heute von der ihnen dafür gewährten Rabattschance, so Borg, müssen die Bücher aber wegen der Preisbindung zum von den Verlagen bestimmten Preis verkaufen. Doch kleine Buchhandlungen sind auch von Bestellungen von Schulen und Hochschulen abhängig, die verpflichtet sind, die billigsten Angebote wahrzunehmen. Kleine Buchhandlungen verlören so ihre Überlebensgrundlage.

Im Bereich der Kultur macht TTIP aber nicht nur Geschäftsleuten, sondern auch öffentlichen Einrichtungen massiv Sorgen. So könnte die öffentliche Förderung von beispielsweise Musikschulen oder Stadttheatern mit einer Verabschiedung von TTIP plötzlich zum Handelshemmnis werden, gegen das amerikanische Firmen unter

dem Stichwort „billige und gerechte Behandlung“ als unfaire Bevorzugung klagen könnten. „Alle haben Angst“, so der Leiter der Fuldaer Musikschule Christoph Stibor, „dass öffentliche Subventionen untersagt werden könnten.“ Stibor betont, dass kulturelle Einrichtungen einen öffentlichen Auftrag erfüllen, zu dem kulturelle Bildung und die Pflege des kulturellen Erbes gehört: „Das kann man nicht auf kommerzielle Füße stellen. Dann werden, überspitzt gesagt, nur noch Musicals gefördert.“ In Frage steht für Stibor auch der Zugang zu musikalischer Bildung, der an der Musikschule beispielsweise durch die Sozial- oder Familienermächtigung gefördert wird.

Kein Wunder, dass die Kulturpolitische Gesellschaft, in der 1400 Institutionen und Personen aus dem Be-

reich Kulturpolitik, -verwaltung und -praxis organisiert sind, sich nicht nur deutlich „gegen die Einführung eines Investor-Staat-Klageverfahrens“, sondern auch gegen die Intransparenz der TTIP Verhandlungsrunden Stellung genommen hat und fordert, dass die nationale Politik und die Zivilgesellschaften der EU-Mitgliedsstaaten „substantiell“ an den Verhandlungen beteiligt werden müssen.

Hormonmilch und Klagen gegen umweltverträgliche Landwirtschaft

Unbesorgt gibt sich Kai Uwe Grasmück, Geschäftsführer des Rewe-Markts in der Dalbergstraße, der einfach nicht glauben kann, dass die Merkel-Regierung ein Aufweichen von Deutschlands hohen Standards bei der Lebensmittelkontrolle zulassen würde. Dass es zu einer Einfuhr genmanipulierter Lebensmittel nach Deutschland kommen könne, hält er für unwahrscheinlich – oder nur denkbar, wenn „im Vorfeld sehr stark aufgeklärt“ und eine Kennzeichnung eingeführt würde. Dass Tiere in der deutschen Fleischproduktion schon heute mit genmanipuliertem Futter gemästet werden, scheint ihm nicht präsent zu sein.

Ein anderer Lebensmittelexperte, Biobauer Oswald Henkel aus Hofbieber-Mahlerts, ist erheblich skeptischer. Wenn TTIP kommt, so seine Überzeugung, dann gibt es kein Halten mehr für die massenhafte Einfuhr von beispielsweise Milch aus den USA – von Tieren, die zudem mit Hormonen behandelt wurden, die in Europa längst verboten sind. Auch Tierschutzregelungen bei der Viehzucht, Mengenbegrenzungen und andere Regelungen, die für eine weniger intensive Landwirtschaft typisch sind, sieht er in Gefahr. Denn Staaten, die kleinräumige, umweltverträgliche Landwirtschaft mit Gesetzen schützen wollten, setzen sich unter TTIP der Gefahr von Klagen großer Agrarkonzerne aus, die ihre Gewinninteressen kompromittiert sehen.

Eins steht fest: Der Agrarsektor wird immer wieder als eines der Hauptfelder genannt, an dem die amerikanische Verhandlungsseite besonders großes Interesse hat.

Worum geht es bei TTIP?

Obwohl medial sehr präsent, ist vielen Menschen aber trotzdem noch nicht recht klar, warum das sperrige Thema seit dem Beginn der Verhandlungen 2013 in ganz Europa immer intensiver kontrovers diskutiert wird. Warum sind nun allein in Deutschland letzten September circa 250 000 TTIP-Gegner in Berlin und 90 000 im April in Hannover auf die Straße gegangen?

Der am häufigsten und vehementesten kritisierte Punkt des Abkommens ist der sogenannte Investitionsschutz. Dieser soll Investoren ermöglichen, außerhalb regulärer Gerichte vor speziellen Schiedsgerichten zu klagen, wenn von Staaten oder anderen öffentlichen Körperschaften erlassene Gesetze oder Bestimmungen ihre Gewinne schmälern. TTIP-Kritiker befürchten, dass allein die Angst vor solchen Klagen dazu führen könnte, dass beispielsweise strengere Umweltschutz- oder Arzneimittelsicherheitsregelungen erlassen werden. Mühsam erkämpfte Regelungen

und Gesetze sind für TTIP schlicht und einfach Handelshemmnisse, die beseitigt werden müssen. Die Europäische Kommission ist zwar scheinbar auf die Kritik eingegangen, indem sie einen Entwurf für ein neues „Investitionsgericht“ vorlegte. Das Anti-TTIP Bündnis TTIP unfairhandelbar, Compact und PowerShift kommen aber nach einer näheren Analyse zu dem Schluss, dass der Vorschlag nur oberflächliche Änderungen enthält.

Hier ein paar von PowerShift, Compact, Corporate Europe Observatory und Transnational Institute vorgestellte Beispiele, was Investitionsschutz für Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene konkret heißen könnte:

Aufgeweichter Umweltschutz

Eine Gemeinde erteilt einem amerikanischen Investor Umweltschutzaufgaben für den Betrieb von Anlagen. Der Investor klagt – und die Auflagen werden aufgeweicht. So

geschehen wegen einer Schiedsgericht-Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen Deutschland, weil die Hamburger Umweltbehörden Auflagen für den Betrieb von Vattenfalls Kohlekraftwerk Moorburg erhob. Vattenfall klagte auf eine Entschädigung von 1,4 Milliarden Euro. Ergebnis: die Auflagen wurden zugunsten Vattenfalls geändert.

Mieterschutz adé

Mieterschutz könnte mit TTIP für alle Immobilien, die ganz oder teilweise im Besitz amerikanischer Investoren wie Blackrock, Cerberus, Lone Star und anderen sind, der Vergangenheit angehören. Mietpreisbremsen und Sozialchartas, die Regelungen zum Kündigungsschutz oder Schutz vor Mietpreiserhöhungen enthalten, könnten die „legitimen Erwartungen“ auf Gewinn, die durch TTIP geschützt werden, gefährden und so durch TTIP ausgehebelt werden.

Gefährdete Daseinsvorsorge

Verschiedenste Anbieter im öffentlichen Besitz, seien es Nahverkehrsbetriebe, Stadtwerke oder Krankenhäuser, fallen insofern unter TTIP-Regelungen, als sie in Bereichen tätig sind, in denen es private Wettbewerber gibt. Amerikanische Investoren könnten aufgrund der öffentlichen Förderung von solchen Betrieben Gleichbehandlung erklagen und ebenfalls Subventionen – oder Entschädigungen – fordern, auch wenn sie gewinnorientiert arbeiten.

Angriffsfläche öffentlich geförderte Kultur

Auch kulturelle Angebote könnten von TTIP betroffen sein. Da Musikschulangebote oder Stadttheater öffentlich gefördert werden, könnten amerikanische Anbieter „billige und gerechte Behandlung“ fordern. Ausschreibungspflicht ohne Standards

TTIP zielt auch darauf ab, öffentliche Ausschreibungen in Europa für amerikanische Investoren zu öffnen. Damit würde es möglicherweise noch schwerer, ökologische oder soziale Standards wie beispielsweise die Einhaltung des Mindestlohns oder sogar von tarifvertraglichen Regelungen bei der öffentlichen Vergabe zu berücksichtigen. Da öffentliche Auftraggeber die günstigsten Angebote auswählen müssen.

Enthemmte Landwirtschaft

Tierschutzgesetze, Regelungen gegen Hormonbehandlung bei der Tierzucht, Quoten und andere Vorgaben bei der Landwirtschaft könnten unter TTIP auch als Handelshemmnisse gelten. Große Agrarkonzerne könnten somit klagen, wenn die Einfuhr von Produkten, die europäischen Standards nicht entsprechen, nicht eingeführt werden dürften.

Fortsetzung von Seite 9:

„Wir brauchen keinen Export“

Bio-Bauer Oswald Henkel aus Hofbieber-Mahlerts warnt vor TTIP und plädiert für regionale Produktion - Ein Interview von Amata Schneider-Ludorff

AGORA: *Vielleicht haben Sie vor kurzem in der Fuldaer Zeitung gelesen, dass es gut für die lokale Wirtschaft sei, wenn die EU das Handelsabkommen TTIP mit den USA abschließen würden. Was wären Ihrer Ansicht nach die Auswirkungen für den Milchbereich?*

Oswald Henkel: Es kann dann genau die Milch von den USA hierherkommen, die nicht unseren Standards entspricht. Wir haben hier andere Standards in Europa, und wenn man dann sieht, wie die Milch in den USA produziert wird, mit Hormonen und so weiter, das kriegt dann freien Lauf hierher, auch mit gentechnisch verändertem Futter. Und wenn die EU dann sagt, das geht nicht, dann können die Konzerne den Staat verklagen, weil er das nicht zulässt.

Und andererseits behaupten ja Politiker, dass es ein Vorteil für die deutsche Milchwirtschaft wäre, wenn sie mehr in andere Länder exportieren würden. Wäre das denn nicht eigentlich eine tolle Chance für die deutsche Milchwirtschaft?

Wir brauchen keinen Export. Das Weltmarktniveau ist viel niedriger. Da wird die Milch zu einem anonymen weißen Rohstoff degradiert. Und was bringt es, wenn wir hier immer höhere Intensität hereinbringen, nur um die Milch zu exportieren, und das Futter dafür dann importieren? Das macht doch gar keinen Sinn.

Was meinen Sie damit, wenn Sie sagen, das Weltmarktniveau ist niedriger? Das Qualitätsniveau?

Nein, das Preisniveau. Das ist ja die Crux. Die Molkereien brauchen hier einen niedrigen Milchpreis, um mit diesem Preis überhaupt auf dem Weltmarkt punkten zu können. Im Grunde bräuchte man das gar nicht. Wir müssten nur weniger produzieren, eine andere Produktintensität hineinbringen. Wenn die Kühe noch auf die Weide gehen, wenn kein importiertes Futter gebraucht wird, dann ist die Milchleistung nicht so hoch - und auch die Überschüsse nicht.

Als Biobauer folgen Sie ja Vorgaben beim Futter. Können Sie das kurz erklären?

Bei der Biomilchproduktion wird das im Ganzen gesehen: Die Futterfläche und die Fläche für die Exkre-

mente, also den Dung, den die Tiere ausscheiden, das muss in einem gewissen Verhältnis stehen. Da gibt es Obergrenzen, und deshalb ist da auch nichts unbegrenzt produzierbar.

Und das heißt, Sie füttern auch bestimmtes Futter gar nicht?

Ja. Es gibt Biobetriebe, die Mais einsetzen, aber wir zum Beispiel setzen keinen Mais ein. Die Tiere bekommen im Sommer Klee gras und gehen auf die Weide und im Winter bekommen sie dann wieder Heu und eben Getreide und noch Bohnen oder Erbsen - Leguminosen.

Was wären Ihrer Ansicht nach die richtigen Vorgaben der EU? Was müsste die EU tun, um die Bauern lokal zu stärken?

Die EU müsste erstmal eine Regelung für den Milchmarkt finden. Kein Markt funktioniert ohne Regeln. Das müsste europaweit gemacht werden, weil die EU der größte Milchproduzent weltweit ist, und innerhalb der EU ist Deutschland der größte Milchproduzent. Neuseeland zum Beispiel produziert nur ein Prozent des Milchmarktes.

Und welche Regelung bräuchte die EU?

Dass, wenn es zwischen Nachfrage und Produktion ein Missverhältnis gibt, die Produktion eingeschränkt wird. Dass man nicht auf Teufel komm raus produziert und das dann auf dem Weltmarkt, auf gut Deutsch gesagt, verklappt. Für die USA wäre das noch nicht einmal so tragisch. Aber sehen Sie auf Arika: Kollegen waren jetzt in Burkina Faso, und die Bauern gehen alle platt dort, weil billiges Milchpulver aus Europa dorthin gebracht wird.

Und warum ist das so billig? Es wird ja eigentlich nicht mehr subventioniert.

Subventioniert werden jetzt die Stallbauten - und immer nur größere. Die Landwirte haben, egal ob Bio oder konventionell, für die staatliche Förderung von Stallbauten immer nur eine Förderung erhalten, wenn sie verdoppeln, wenn sie mehr und mehr produzieren. Bei diesen großen Ställen gibt es keine Weidehaltung mehr - oder nur noch selten. Das hat das ganze angeheizt. Man hätte auch sagen können, statt dieser Mehrproduktion fördern wir

Weidehaltung zum Beispiel, oder wir fördern nur, wenn auf Importfuttermittel verzichtet wird oder wenn gewisse Parameter eingehalten werden, was die Haltung angeht, was das Platzangebot angeht, was das Futter angeht.

Und TTIP würde aber wahrscheinlich unmöglich machen, dass nur gefördert wird, wenn bestimmte Richtlinien eingehalten werden, die eher mengenbegrenzend wirken würden?

Wie sich TTIP darauf auswirken würde, weiß ich nicht. Aber wenn andere Förderrichtlinien kämen und wir eine andere Intensität in der Produktion bekommen, wird es ja auch teurer. Und dann könnte es sein, dass, wenn billiger Produziertes mit Hormonen und so weiter reinkommt und Schranken aufgebaut werden, Konzerne klagen. Noch ein ganz altes Beispiel. Vor zehn Jahren war ein Kollege in Südafrika und Namibia. Da war kleine bäuerliche Geflügelhaltung traditionell. Die ist komplett kaputt gemacht worden. Und warum? Weil Geflügelfleisch aus Europa, das billiger ist, eingeführt wurde, und da konnten sie nicht mithalten. Aber was ist da eigentlich eingeführt worden? Alles außer Hähnchenbrust und Filet. Also die Reste, die man hier nicht los wird.

Ich habe davon gelesen.

Was ist aber dort passiert? Die Kleinbauern haben ihre Grundlage verloren. Die großen Konzerne haben auf den Flächen gentechnisch veränderten Mais angebaut, mästen damit Rinder, und das Rindfleisch kommt dann wieder nach Europa. Man muss das ganze global sehen. Genauso ist das bei dem genmanipulierten Sojafutter, das hier verfüttert wird - da haben die Kleinbauern in Brasilien und Argentinien keine Chance. Die Großgrundbesitzer roden den Regenwald und bauen das Futter an. In Südamerika gibt es eine Futterfläche so groß wie Deutschland nur für die europäische Produktion. Und das ist alles dem Regenwald weggenommen worden, nur damit wir hier mehr und mehr produzieren.

Vielen Dank für das Interview.

„Computer sagt nein.“
Carol Beer

„Komm, komm! Du, Mensch, du, das kannst du doch nicht machen! Mensch, du!“
Horst Schimanski

„Gib den Leuten was sie wollen. Heute Spaß, morgen Stumpfsinn.“
Daniel Craig

„Bist so dumme wie Esel schlau.“
Ijon Tichy

„Aufgeben - nicht aufgeben. Nudeln - keine Nudeln. Du beschäftigst dich zuviel damit, was war und was sein wird.“
Oogway

„Du bist der Schäfer.“
Will Hunting

AGORA

FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT,
KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker

Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.

Postanschrift:
Fotodesign Rammler, Luckenberg 1, 36037 Fulda
(Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)

Auflage 3.000 Exemplare
Druck: Megadruck.de, Westerstede
Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.
Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

E-Mail: redaktion@agora-fulda.de
Internet: www.agora-fulda.de
Facebook: www.facebook.com/AGORAFD

Auf unserer Homepage finden Sie die komplette Ausgabe zum Download. Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese zu uns ein. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Unsere Kontoverbindung
(freundlicherweise durch KÖK e.V. zur Verfügung gestellt) lautet:

IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS
Sparkasse Fulda
Verwendungszweck: AGORA Fulda

In dieser Zeitung könnte auch Ihr Artikel stehen.
Schreiben Sie uns. Sprechen Sie uns an.
Wir sind gespannt.



Die **AGORA** war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Für das demokratische Zusammenleben in einer Gemeinschaft kam ihr eine herausragende Rolle zu. Der Marktplatz galt als Merkmal einer selbstständigen Stadt.

Die **AGORA** Fulda als unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger ist ein Marktplatz der Ideen für kreative Kritik und Auseinandersetzung mit regionalen und gesamtgesellschaftlichen Themen. Wir wollen die Fuldaer Medienlandschaft erweitern und zur freien Meinungsbildung beitragen.

Wir arbeiten ohne Entgelt, sind werbefrei, unsere Auflage wird kostenlos verteilt. Daher sind wir auf Spenden zur Finanzierung der Druckkosten angewiesen. Bauen Sie mit uns am Marktplatz der Demokratie und seien Sie dabei mit einem Pflasterstein-Soli-Abo!

Abobestellung

- Ja, ich baue an der **AGORA** Fulda mit! Ich fördere die Zeitung
- einmalig jährlich bis auf Widerruf mit
 20,- € _____ €

und erhalte einen Pflasterstein als Geschenk.

- Hiermit ermächtige ich den Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. für die **AGORA** Fulda widerruflich den o.g. Betrag zu Lasten meines Kontos
IBAN _____
durch Lastschrift einzuziehen.

- Ich werde andersweitig politisch aktiv und nehme nur den Stein.

Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt vollen Namen und Adresse angeben.)